

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning, verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepfow, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 80 G. Postkatalog Nr. 2264.

Inhalt: Zur Krankenkassenreform. — Rundschau. — Baugewerblisches. Die Baugewerbe in Berlin im Jahre 1899. — Baugewerkschaft und Unternehmerfrage in Weimar. Der Stand des Baugewerkschaftswesens. — London's neue Untergrundbahn. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

sicherten entzogen werden. Wenn einmal eine Zwangsversicherung geschaffen ist, so ist es eine notwendige Konsequenz, daß jede Klasse in derselben ausgefüllt werden muß. Eine solche Lücke ist durch die Zulassung der freien Hilfskassen als vollwertige Klassen seinerzeit geschaffen und durch die erste Krankenversicherungsevidenz noch nicht ausgefüllt. Ihre Verrückung ist aber nicht bloß gerechtfertigt, sondern auch im Interesse des Ganzen notwendig, als Zusatzklassen könnten die freien Hilfskassen ja immer noch weiter bestehen.“

statutenmäßig gewährten Zuschusses wohl in der Lage waren, ihren aus eigenem Vertrauen gewährten, nicht den aufgezogenen Klassen selbst zu honorieren.

In ihrer weit überwiegenden Mehrzahl begnügten sich die Hilfskassen nämlich nicht mit den durch das Gesetz zugelassenen Minimalleistungen, sondern gingen darüber weit hinaus; dazu waren sie gezwungen, denn nachdem die Versicherungsspflicht eingeführt war, würden die Arbeiter gegen ihr eigenes Interesse gehandelt haben, wenn sie einer Klasse mit minderwertigen Leistungen beigetreten wären. Auch nach dem Jahre 1892 blieben die Leistungen der freien Hilfskassen höher als diejenigen der Ortskrankenkassen. Welches sich doch die Unterstufungsbauer bei mehr als der Hälfte der freien Hilfskassen auf 26 Wochen und darüber, während kaum ein Fünftel der Ortskrankenkassen über die gesetzliche Mindestunterstufung von 13 Wochen hinausgeht. Nun wird dieses günstige Ergebnis (in den „Berl. Pol. Nachr.“) davon hergeleitet, daß die freien Hilfskassen sich ihre Mitglieder selbst auswählten, die Kranken zuzuschreiben und nur die gefunden aufnehmen können.

In Wirklichkeit ist es mit dem Gesundheitszustande der Mitglieder der freien Hilfskassen aber ganz anders. Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ kamen auf ein Mitglied:

	Erkrankungszahl		Krankheitsstage	
	Ortskrankenkassen	Freien Hilfskassen	Ortskrankenkassen	Freien Hilfskassen
1889.....	0,8	0,4	5,4	6,6
1890.....	0,4	0,4	5,9	7,8
1891.....	0,8	0,4	6,0	7,8
1892.....	0,4	0,4	6,2	7,8
1893.....	0,4	0,4	6,7	7,1
1894.....	0,3	0,4	6,2	6,8
1895.....	0,4	0,4	6,4	6,7
1896.....	0,3	0,3	6,2	6,3
1897.....	0,86	0,35	6,89	6,55

Aus dieser Tabelle ersehen wir, daß die freien Hilfskassen nicht gesündere Personen zu Mitgliedern haben als die Zwangskassen, sondern daß gerade Gegenteil der Fall ist. Der Grund für diese Erscheinung liegt auf der Hand. Freilich müssen die Zwangskassen nicht nur die Gesunden, sondern auch die Kranken aufnehmen, aber der Satz ist umzukehren: In die Zwangskassen müssen sich nicht bloß die Kranken, sondern auch die Gesunden, die doch die Mehrzahl bilden, einschreiben lassen. Bei den freien Hilfskassen mit ihren höheren Leistungen besteht aber die Gefahr, daß sich in erster Reihe Diejenigen melden, die bereits den Krankheitskeim in sich tragen, um sich bei bald ausbrechender Krankheit eine hohe Unterstufung zu sichern. Aus diesem Grunde verlangen einige Hilfskassen — durchaus nicht alle — eine vorherige ärztliche Untersuchung, also nicht um einen Vortheil vor den Zwangskassen zu haben, sondern um ihnen gegenüber nicht benachteiligt zu werden.

Handman.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag findet am Montag, den 17. September, beginnend in der „Stadthalle“ in Mainz statt. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerlich. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter: G. Weiser. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: P. Singer. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: F. Auer. Meißner. Berichterstatter: T. Wegner. Die Welpolitik. Berichterstatter: Paul Singer. Die Verkehrs- und Handelspolitik. Berichterstatter: R. Calmer. Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen. Berichterstatter: A. Weibel. Anträge zum Programm. Sonstige Anträge. Anträge an den Parteitag müssen spätestens den 8. September in den Händen des Vorstandes sein. Adresse: F. Auer, Berlin SW 47, Kreuzbergstraße 80.

* Unternehmer-Terrorismus. Wie ausgebildet das System der schwarzen Listen im Ruhrgebiet ist, lehrt folgendes

Zentralverband der Maurer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Somit wiederholter Bekanntmachung sollten die statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen spätestens bis zum 15. August eingekandt sein. Leider ist das von mehreren Zahlstellen nicht beachtet. Wir ersuchen die sämmtlichen Zahlstellen, die Statistik nun umgehend einzusenden; spätestens bis zum 31. August müssen die Zusammenstellungsbögen von allen Zahlstellen in unseren Händen sein.

Die Fragekarten

zur Feststellung der Arbeitslosigkeit sind gleich nach Beendigung dieses Monats einzusammeln und ebenfalls einzusenden.

Der Vorstandsvorsitz.

Zur Krankenkassenreform.

I.

In den „Berliner Politischen Nachrichten“, einem Sprachrohr der preussischen Regierung, ist kürzlich mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß den freien Hilfskassen nun wirklich und endgültig das Todesurtheil gesprochen werden soll, weil angeblich die Zwangskassen die Konkurrenz der freien Hilfskassen nicht ertragen können. Es ist ja nicht das erste Mal, daß man versucht, den freien Klassen den Garaus zu machen. Schon seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes macht sich in Regierungskreisen und bei verschiedenen Unternehmergruppen eine starke Abneigung gegen die freien Hilfskassen bemerkbar; und bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes gelang es denn auch, die fernere Entfaltung der freien Klassen zu hemmen. Alle möglichen bürokratischen Maßregeln wurden eingeführt, um diesen Klassen das Leben zu erschweren, während die Zununungs-, Bau- und Betriebskrankenkassen, die vollständig dem Einfluß der Unternehmer unterworfen sind, in welchen die Rechte der Arbeiter völlig unterdrückt werden, allenthalben gefördert wurden.

Diese Art Verteilung von Licht und Schatten genügt aber den Scharfmachern noch nicht; das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter soll weiter beschnitten werden. Die „Berl. Pol. Nachr.“ lassen sich wie folgt verhalten:

„Obwohl bei der Ausarbeitung der ersten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz das übliche Verfahren obwaltete, zwischen Zwangs- und freien Klassen Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, ist doch weit mehr Licht bei diesen und weit mehr Schatten bei jenen gelassen. Wie verschieden die Verhältnisse der Klassen sich gestalten müssen, geht aus dem einen Umstande hervor, daß, während die Zwangskassen ihren Versicherungsbeiträgen zum Mitgliede zu nehmen gezwungen sind, die freien Klassen eine Auswahl treffen können. Sie besitzen damit unstreitig ein für sie recht günstiges Privilegium. Würde damit kein Schatten angefügt werden, so könnte man es hingehen lassen, aber es ist doch zu bedenken, daß den Zwangskassen damit die weniger Kosten verursachenden Ver-

Gegen diese Art Beweiszuführung zu Ungunsten der freien Hilfskassen wendet sich in einem Artikel in der „Soz. Praxis“ Dr. F. Silbermann-Berlin, indem er durch jedenfalls unanfechtbare Zahlen nachweist, daß die freien Klassen mehr Aufwendungen für ihre Mitglieder machen müssen als die Zwangskassen. Silbermann weist zunächst darauf hin, daß die Hilfskassen früher das Recht hatten, anstatt freier ärztlicher Behandlung und Arznei ein erhöhtes Krankengeld zu gewähren. In der der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beigegebenen Begründung war, nach Jahren geordnet, eine Aufzählung der Summen enthalten, welche die Zwangsorganisations für „Krankengeld“ einerseits, in natura geleistete Arznei und ärztliche Behandlung andererseits ausgaben, und die den Einbruch ermedien sollte, als ob die Leistungen der eingeschriebenen Hilfskassen minderwertig seien. Hierbei stützte man sich auf den Wortlaut des Gesetzes, wonach den freien Hilfskassen gestattet war, an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei eine Erhöhung des Krankengeldes um die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter zu gewähren. Nun wurde ausgerechnet, daß namentlich die Ortskrankenkassen für diesen Zweck eben so viel ausgaben, wie für Krankengelder, und man schloß hieraus, daß die freien Hilfskassen hinsichtlich der Vergütung für ärztliche Behandlung und Arznei nicht dasselbe leisteten, wie die Zwangsorganisation. Wohlwollend hätte man sich bei der Aufstellung der Tabelle, den Zahlen, die sich für die Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen ergaben, auch die entsprechenden absoluten und Relativzahlen für die freien Hilfskassen gegenüber zu stellen. In Wirklichkeit kommt es nicht darauf an, welche Mindestleistungen nach dem Gesetze gestattet sind, sondern welche Leistungen thatsächlich vorhanden waren.

Um ein wahrheitsgetreues Bild zu gewinnen, muß man einige Zahlen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten der Novelle von 1892 miteinander vergleichen: Im Jahre 1889 war der durchschnittliche Beitrag für ein Mitglied der Ortskrankenkassen M. 15,7, für ein Mitglied der freien Hilfskassen M. 16,2. Die Krankheitskosten, d. h. Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei, Krankengeld, Krankenhauseinrichtung, beliefen sich bei einem Mitgliede der Ortskrankenkassen auf M. 10,85. Nimmt man diesen Betrag als Normalmaßstab, so würde sich, dem Beitrage entsprechend, für die Mitglieder der freien Hilfskassen an Krankenkosten die Summe von M. 11,2 ergeben; thatsächlich betragen aber die Krankheitskosten M. 12,9.

1890 kamen auf ein Mitglied der Ortskrankenkassen ein durchschnittlicher Jahresbeitrag von M. 15,4 und an Krankheitskosten M. 11,91, bei den freien Hilfskassen waren die entsprechenden Zahlen M. 16,5 und 14,65, mithin zahlten diese an Krankheitskosten M. 1,65 mehr, als auf den Beitrag entfallen mußte, wenn man den Maßstab der Ortskrankenkassen zu Grunde legte. Für 1891 beträgt das Mehr nach derselben Berechnung sogar M. 2,04. Was in der Begründung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1892 nicht hervorgehoben wurde, war nämlich die Thatsache, daß die Mitglieder der freien Hilfskassen ein zweites, d. h. ja vierfach höheres Krankengeld bezogen, als die Mitglieder der Ortskrankenkassen, und daher unter Zuhilfenahme des für diese Zwecke

Borkommis. Der Bevollmächtigte unserer Dortmunder Maurerorganisation wollte sich von den dortigen Bauunternehmern nicht mehr ärgern lassen und nahm am 6. August auf der Zeche „Graß Schürer“ bei Kattrop Arbeit an. Am 10. August kam der Steiger Stenger II zu ihm und sagte, er möge Mittags nach der Schicht zum Betriebsführer Bunge gehen. Unser Maurer hat so. Herr Bunge führte ihn in sein Privatstübchen und sub also an: „Ihr Arbeitschein ist vom 6. Juli datiert. Sagen Sie mal, wo Sie eigentlich in der Zeit vom 6. Juli bis jetzt gesteckt haben?“ Unser Kollege erwiderte, er habe Privatarbeiten besorgt, Stiesel besetzt und in Haushalte Reparaturen vorgenommen. Darauf sagte Herr Bunge: „Ich höre schon. Sie wollen mit der Sprache nicht heraus. Ich will es Ihnen sagen. Sie sind der Vorsteher der Dortmunder Maurergewerkschaft und haben die Leute aufrührerisch gemacht. Sie sollen auch am vorigen Sonntag in Kattrop Flugblätter verteilt haben. Am besten ist es, Sie hören mit dem heutigen Tage gleich mit der Arbeit auf, am 15. wird Ihnen noch gefällig, damit Sie unsere Leute nicht aufsehen.“ Unser Kollege war wirklich gutmütig genug, dem Herrn den Gefallen zu thun und legte die Arbeit nieder. Die Schreiner (Zähler) Mündchen befinden sich seit einigen Wochen im Streit. Aus Anlaß dessen hat nun, wie die „Mündchen Post“ erzählt, der Arbeitgeberverband „des Baugewerbes“ für Mündchen und Umgebung an den Verband sächsischer Möbelindustrieller in Stuttgart eine Instruktion gerichtet, in der es heißt: „Nachdem wir in Erfahrung gebracht haben, daß in Stuttgart eine große Anzahl von streikenden Schreinergehilfen aus Mündchen in den dortigen Villalen beschäftigt sind, so ersuchen wir verehrlichen Verband, diese Leute sofort zu entlassen.“ Kommentar überflüssig!

Ein Nachspiel zum Augsburger Maurerstreik. Vor der Ferienkammer des Landgerichts Augsburg stand am Dienstag, den 7. d. M., der verurteilte Maurer Theodor Tiefenbacher unter der Anklage, am 8. Juli 1899, Nachts gegen halb 12 Uhr, auf der Staatsstraße zwischen Gersthofen und Oberhausen in der Nähe letzterer Ortschaft vorfährlich und rechtsübrig den Maurerparlier Maß mittelst eines gefährlichen Werkzeuges körperlich mißhandelt zu haben, indem er ihm mit einem Stod zwei Schläge auf den Kopf versetzte, die zwei wahllosgroße Beulen auf der Kopfhaut hervorriefen. Der Gehörgang der Sache war nach einem Berichte der „Augsburger Abendzeitung“ folgender: Während des vorjährigen Maurerstreiks kam Hofmann Maß, der als Parlier bei Baumeister Hofmann in Augsburg in Arbeit steht, nach Wollenden eines für Hofmann in Niederhöfensfeld ausgeführten Baues mit 15 italienischen Maurern an 8. Juli d. J. nach Augsburg, um dort mit diesen bei Hofmann zu anderweitigen Arbeiten verwendet zu werden. Um den Befähigten durch die Streikposten am Augsburger Bahnhof zu entgehen, fingen er und seine Arbeiter bereits auf dem Bahnhofs Gersthofen aus, und den Weg nach Augsburg zu Fuß zurückzulegen. Als sie ungefähr acht Minuten von Oberhausen entfernt waren, tauchten plötzlich auf einen Pfist etwa 80 Mann rechts und links am Straßengraben auf, welche den Maß und seine Leute umringten und ihnen, indem sie sie zum Anschlag an den Mauerausstand aufordneten, den Weg besperrten. Maß rief: „Laßt uns doch gehen, wir müssen weiter“ und erhielt hierauf von rechts durch einen Unbekannten mit einem Stod (Lohschläger) einen Stieb über den Kopf. Als er darüber in die Worte ausbrach: „Das ist doch eine Unverschämtheit, mich so zu schlagen“, erhielt er einen zweiten Stieb mit dem gleichen Instrument, ebenfalls auf den Kopf. Im Ermittlungsverfahren wurde nun der Angeklagte als Täter ermittelt und am 19. Juni d. J. Haftbefehl gegen ihn erlassen. Bei der Verhandlung, zu welcher 19 Zeugen geladen waren, konnte ein Beweis für die wirkliche Täterschaft des Angeklagten nicht erbracht werden, weshalb seine Freisprechung unter Ueberführung der Kosten auf die Staatskasse erfolgte. Ein vorher gegen den Angeklagten anhängig gewesenes Verfahren wegen Meineids in der gleichen Sache war eingestellt worden.

zum Kapitel des Streikpostensiehens. Vor einiger Zeit verhängte die Polizei des Maurerverbandes in Düsseldorf über einen Bau in dem benachbarten Reichsholz die Sperre. Es scheint nun, als ob die Polizei über das Gebiet, auf welchem sich der Bau befindet, den Belagerungszustand verhängt hat, denn sie hat nicht nur das Streikpostensiehens verboten, sondern sie hält auch jeden an, der nur zufällig in die Nähe des gesperrten Baues kommt. Die Polizei verwehrt in jedem harnulösen Spaziergänger einen Streikposten und hält ihn an. Die erste Frage ist: „Sind Sie auch Mitglied des Maurerverbandes?“ Wird diese Frage bejaht und der Betreffende hat zufällig sein Verbandsbuch bei sich, so wird ihm dieses abgenommen und ihm das fernere Verwehnen in der Nähe des gesperrten Baues verboten. Die auf diese Weise in den Besitz der Polizei gelangten Mitgliedsbücher sind den Eigentümern derselben bisher noch nicht zurückgegeben, obgleich schon vier Wochen darüber vergangen sind. Aber auch mit Strafen geht man gegen diejenigen vor, die sich in das Belagerungsgebiet hineinwagen, das hat der Vertrauensmann der Düsseldorf Maurer, Kollege A. Lüder, erfahren müssen. Am 2. Juli ging er nach Reichsholz, um daselbst eine Statistik über die Zahl der daselbst beschäftigten Maurer und über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzunehmen. Unterwegs wurde ihm von zwei Polizeibeamten „Galt!“ geboten und in barstem Tone wurde er wie folgt angeredet: „Wir kennen Sie, wir wissen, was Sie hier treiben. Wir befehlen Ihnen, sofort dieses Gebiet zu verlassen! Unterlassen Sie sich nicht, daselbst noch einmal zu betreten, sonst werden wir Sie sofort verhaften!“ Auf die Frage: „des L., wie weit sich denn das im Belagerungszustand befindliche Gebiet erstreckt, wurden ihm die Grenzen genannt, die sich ungefähr eine Stunde im Umkreise von dem gefährlichen Bau ausdehnen. Als A. hierauf den Weg zur elektrischen Bahn einschlagen wollte, wurde ihm bedeutet, daß er mit der Staatsbahn fahren müsse. Da nun aber gerade kein Zug fuhr, hielt A. sich noch einige Zeit auf dem verbotenen Terrain auf, was zur Folge hatte, daß er bereits nach drei Tagen mit einem polizeilichen Strafmandat von M. 15 oder drei Haft bestraft wurde. Hiergegen rief L. richterliche Einschaltung an. Das Schöffengericht in Gerresheim, vor dem die Sache zur Verhandlung kam, bestätigte jedoch das Strafmandat mit der Begründung, daß der polizeiliche Aufforderung, das Gebiet zu verlassen, sofort Folge geleistet werden müsse.

Gegen dieses Urteil hat Kollege Lüder, der sich nicht bewußt ist, etwas Strafbares begangen zu haben, Berufung eingelegt. Hoffentlich werden die Richter in der höheren Instanz die Sache von einer anderen Seite betrachten und der Polizei

bedeuten, daß es ihr nicht gestattet ist, friedlich ihres Weges gehende Leute in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern.

Gewerbliche Rechtspflege. Ist das Gewerbe gerichtlich zuständig für die Klage eines Bauarbeiters gegen den Bauherrn, der in eigener Regie baut?

Urteil des O. O. Offenbach (eingelandt vom Vor., Weigernd. Wolff).
Klagant ist unbeschränktermaßen Holz- und Fouragehändler; daß er gewerbmäßig Käufer zum Zweck des Weiterverkaufs baut, ist in keiner Weise erwiesen. Im vorliegenden Klagefall handelt es sich um ein Haus nebst Scheuer, das er sich angeblich für sein Geschäft erbaut. Das dasselbe zu anderen Zwecken, insbesondere daß es lediglich zum Zweck des Weiterverkaufs gebaut wurde, dafür liegen keinerlei Anhaltspunkte vor.
Die Erbauung geschieht in folgender Weise: Die Pläne hat er sich durch einen Bauunternehmer (Wöning) in Bensheim fertigen lassen. Die Bauarbeiten hat er zu bestimmten Einheitspreisen dem Kläger übertragen, der seinerseits sich weitere Arbeiter annimmt oder zuzugelt. Die Bezahlung erfolgt durch Befragen der Einheitspreise der geleisteten Kubikmeterzahl oder nach Tageslohn. Die Anmeldeung der Arbeiter zur Invaliditäts- und Altersversicherung besorgt Klagant. In ähnlicher Weise sind auch die anderen Arbeiten vergeben (Zimmerarbeiten z.).
Die Einrede der Unzuständigkeit des O. O. führt gerechtfertigt.

Nach § 1 O. O. sind die O. O. errichtet: „für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits.“ Nach § 2 sind als „Arbeiter“ im Sinne des O. O. diejenigen Stellen, Gehilfen z. anzusehen, auf welche der VII. Titel der O. O. Anwendung findet. Dieser Titel aber nur Anwendung auf Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern. (cf. § 105 O. O.). Der Klagant betreibt untreibig das Gewerbe als Holz- und Fouragehändler, nicht als Bauunternehmer. Der Bau des Hauses ist keineswegs im Betrieb des Gewerbes als Holz- und Fouragehändler erfolgt, er ist keine gewerbmäßige Handlung dieses Betriebes, selbst wenn das Haus und die Scheuer zum Betrieb dienen sollen. — Nach der Anleitung des R. V. ist ein „gewerbmäßiger Betrieb“ ein solcher, welcher durch eine gewisse Kontinuität des Betriebes die Absicht erkennen läßt, daß er für einige Dauer, zu Zwecken des Gewerbes“ bzw. „als selbständige unmittelbare Erwerbsquelle fortgesetzt werden soll, sei es, daß aus dem Betriebe „ein selbständiges Gewerbe gemacht wird“, oder sei es, daß derselbe einen „Hauptbestandteil“ oder doch „einen hervorhebenden Bestandteil des Gesamtunternehmens bildet“ (cf. Komm. z. O. O. v. Wilhelm und Jährl, Ann. z. § 1, S. 8). In diesem Sinne ist die vorliegende Handlung nicht als eine gewerbmäßige Klage und Klagant nicht als „gewerblicher Arbeiter“ und „selbständiger Gewerbetreibender“ anzusehen und das O. O. nicht zuständig.

In gleicher Weise hat das O. O. Berlin am 8. Nov. 1899 entschieden in der Klage des Bauarbeiters, welche für einen Baureisenerbeiter auf seinem Baureisenerwerb ein Haus auszuführen; — ferner am 16. Juni 1894 aus Anlaß der Klage eines Zimmermanns gegen einen Prudenzeisler, für den derselbe Fußböden aufzusetzen, Deckenverkleidung gemacht hatte zc., schiedlich am 9. Juni 1896 bei der Klage eines Zimmermanns gegen einen Restaurateur (cf. Urt. Nr. 186 S. 213 ff.). (Das Gewerbegericht.)

Die Zentralkrankenkasse der Maurer, Grundstein zur Einigkeit! hielt in der ersten Augustwoche ihre zwölfte Generalversammlung in Frankfurt a. M. ab. Die Kasse hatte am Schlusse des Jahres 1899 in 222 Verwaltungsjahren 17 849 Mitglieder. Das Rassenvermögen betrug am Schlusse des genannten Jahres M. 493 929, wovon M. 420 000 im Reservefonds lagen, der damit die gesetzliche Höhe ziemlich erreicht haben dürfte. Die Kasse hatte in der zwei Jahren 1898/99 bei einer Gesamtentnahme von M. 948 062 rund M. 760 000 Krankheitskosten und rund M. 92 751 Verwaltungskosten. Ein Antrag auf Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Gewährung freier Kur an Familienangehörige. Die Leistungen der Kasse, sowie die Beiträge bleiben dieselben wie bisher. Die Generalversammlung nahm auch eine Protestresolution gegen die bekannt gewordenen reaktionären Pläne zur Veränderung des Krankenversicherungsgesetzes an. Die mit der Kasse verbundene Sterbekasse hatte am Jahreschlusse 2179 Mitglieder und ein Vermögen von M. 39 275. Das Statut wurde in jeder Klasse um M. 10 erhöht.

Lohnreduktionen? Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat jüngst seinen Jahresbericht veröffentlicht und dabei an die Arbeiter die Mahnung gerichtet, sich zu organisieren. Die „Rln. Ztg.“ faßt sich darüber zu folgendem Resonanzment veranlaßt:

Der Bericht (des Parteivorstandes) gesteht zu, daß die günstige Geschäftslage in den meisten Industrien eine bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestattet hat, und er gebietet lobend der allerdings nicht immer zutreffender Schaffung, daß die Arbeiter, ehe sie in den Ausstand treten, es verucht hätten, sich auf gutem Wege mit den Arbeitgebern zu einigen. Die zur Zeit minder günstige wirtschaftliche Konstellation scheint dem Bericht Beforgnis einzufößen, ob sich die Löhne auf dem gegenwärtigen Stand werden halten lassen, und die Arbeiter wurden ermahnt, sich streng in Organisationen zusammenzufassen, um einem Veruch der Arbeitgeber auf Gerabsetzung der Löhne entgegenzutreten zu können. Es ist sehr interessant, daß selbst der Sozialdemokraten Zweifel aufsteigen, ob die Löhne auf dem gegenwärtigen Stande bauern zu halten sind. Sollten die Verhältnisse anhaltend schlechter werden, so werden die Arbeiter allerdings sich die Frage vorlegen müssen, ob sie, ohne sich zu ruinieren, die alten Löhne weiter bewilligen können, und es wird sich dann herausstellen, ob die alte Theorie recht behält von der Regelung der Löhne nach Angebot und Nachfrage, oder die neue Theorie der Sozialdemokratie, die die Lohnbewegung nur als eine ununterbrochene steigende Scala betrachtet, ihr Sinnen aber nicht zulassen will.

Die Ankündigung des rheinischen Unternehmerorgans, daß die Herren Unternehmer bei Eintritt der sich bereits ankündigenden mageren Jahre zur Sicherung der während der letzten Jahre eingemachten Riesengewinne die unangenehmen Folgen der kapitalistischen Schwundkrise in Gestalt von Lohnreduktionen auf die Arbeiter abwälzen werden, sollte alle Arbeiter veranlassen, ihre Organisation bereit zu

kräftigen, daß sie auch während kritischer Zeiten die lebenswichtigen Absichten der Unternehmer durchzuführen können.

Sehr vernünftige Ansichten haben die Unternehmer der drei skandinavischen Länder auf der nordischen Industrieversammlung in Kopenhagen ausgesprochen.

So sagte Wotrup, Vorsitzender des dänischen Handwerks- und Industrievereins aus, daß die Zwangsinnungen, die in den Jahren 1870—1890 die Hauptstreikursache waren, überflüssig geworden sind, da das „Handwerk“ fast völlig verschwunden sei und an dessen Stelle die „Kleinindustrie“ getreten, die sich, um lebensfähig zu sein, zur Großindustrie entwickeln müsse.

Ferner wurde die Berechtigung der Gewerkschaftsbewegung anerkannt durch den Desteren Axel Meyer. Anfangs hätten sie dagegen Widerwillen gehabt, aber nun seien sie einverstanden. Ein anderer Redner betonte, daß das Steigen des Arbeitslohnes einen Kulturfortschritt bedeute und keineswegs ein Hemmnis für die Entwicklung der Industrie sei, sondern sie vielmehr fördere.

Auch die Frage der geistigen und technischen Ausbildung wurde vom modernen Standpunkt aus behandelt. Man forderte eine naturwissenschaftliche Grundlage, eine Schule des Nichts für die Industriezubereitung und erklärte das Handwerk als 3. hringlsmesen für überlebt, an dessen Stelle müßten Handwerks- und Industrieakademien treten, und wenn man Beherrschung halten wollte, könne man keine ordentliche Arbeit von ihnen verlangen, wenn sie nicht ordentlich zu h. h. bekämen.

Was sagen unsere Schmarotzer dazu, die Herren Fellsch und Genossen?

Baugewerbliches.

Fähigkeit der Bauarbeit. A. b. M. Bei dem Neubau des Königsplatzes im Bahnhof ereignete sich am 18. d. M. ein schwerer Unfall. Beim Transport eines schweren Bausteines brach das Gerüst, das die Last nicht zu tragen vermochte, durch. Sechs Arbeiter stürzten aus Stockwerkshöhe in die Tiefe. Zwei, der Tagelöhner Joh. Eißler und der Tagelöhner August. Ein solch ein Schicksal, wurden schwer, die übrigen leichter verletzt.

Eiserfeld. In einem Neubau an der Neumarkstraße rußte eine Leiter aus, auf der ein Hilfsarbeiter mit Steintragwerk beschäftigt war. Der Arbeiter stürzte vom zweiten Stockwerk in den Keller hinab. Während des Falles schlug der Arbeiter auf einen eisernen Träger auf, indem er fiel ihm das mit Steinen beladene Brett auf die Brust. Deutlich schwer verletzt wurde der Mann per Traktor in's St. Josephs-Spital gebracht. Herr S. r. u. Durch einen Anschlag vom Gerüst stürzte ein Maurer schwere innerliche Verletzungen, die seine Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig machten.

München. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 18. d. M. bei dem Neubau des Wohnhausgrundstückes an der Kumpfmühlstraße. Der auf einem Schrägen gerüstete 66 Jahre alte bewittmete Maurer Peter Lerch wollte eine Schürze aufwickeln, taumelte plötzlich und stürzte rücklings vom Gerüst, wobei er berast auf eine Treppentritt aufschlug, daß er die Wirbelsäule brach. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein. — In der Gredersstraße stürzte am Sonnabend, den 11. d. M., ein Maurer von 2. Stockwerk ab, wobei er sich die rechte Schulter verrenkte und eine starke Brellung des Rückenmarks zuzog.

Niederwörzbach (Wals). Am einem Neubau stürzte ein Giebel ein. Da gerade an demselben gearbeitet wurde, vermehrte man sofort, daß Arbeiter verschüttet worden seien. Die Nachricht hat sich auch bestätigt, denn ein Stütze und ein junger Denziger wurden tot aus den Trümmern hervorbezogen. **Planen i. W.** Auf dem Schlachthofbau ist der Maurer Diebold von einer unfaßlichen kurzen Stange so unglücklich getroffen worden, daß er an einer Gehirnerschütterung krank darniederliegt.

Saarbrücken. Am Sonnabend, den 4. d. M., kurz vor 4 Uhr Nachmittags, stürzte am Neubau der Wohnungen für die Gläubigerbeamten ein Frontispice von circa 8 m Höhe ein. Dabei wurde ein Maurer so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Bau wird von dem Baumeister J. u. A. W. u. A. ausgeführt.

Schwarzbach (Wittelsfranten). An der Schlosskirche stürzte der verheiratete Maurer Schmeider vom Gerüst ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Die Zustände auf den Dresdener Neubauten zeigen mit voller Deutlichkeit, wie hoch das Unternehmertum die Arbeiter einrichtet. Die freien Arbeiter werden hauptsächlich nicht viel höher bezahlt, wie die Insassen einer Gefangenenanstalt. Nur einige Fälle von vielen seien zur Kennzeichnung der Lage herausgegriffen. Am Neubau der Artillerieoffiziere „kommandieren“ ein Baumeister und vier Parlier nach richtiger Unteroffiziersmanier. Worte wie: „Ihr stinkt ja vor Faulheit!“ „Ihr faulen Hunde!“ „Verfluchte Bande!“ und ähnliche Redensarten sind an der Tagesordnung. Die zwei größten Parlier sind die Herren Elchner und Hansbach. Noch ein anderes Malheur haben sie: ihre Uhr scheint konsequent falsch zu gehen. Morgens geht sie 4—5 Minuten vor und Abends wunderbarer Weise ebenso viel nach. Ein Uhrmacher würde ein reiches Feld seiner Tätigkeit bei den ominösen Uhren der Herren Parlierer finden. Da nun diese Zeit der Beuten nicht bezahlt wird, werden die Arbeiter täglich um diese freie Zeit — zum Nutzen des Unternehmers — gebracht. Bei 150 Mann macht das schon eine ganz hübsche Zeit und vielleicht an M. 100 Lohn aus. Man sieht hieraus, was fallgebende Uhren der Parlierer dem Unternehmer einbringen können. Verordnete Arbeit muß der Arbeiter auf seine Kosten noch einmal machen; wenn er sich weigert, steigt er hinaus. Auf diesem Bau geht es wie in einem Taubensloge. Arbeiter sind im Ganzen 2 — sage und schreibe zwei — auf 150 Mann vorhanden, man könnte an M. 100 Lohn auf 75 Mann. Das ist doch ein einfaches Machwerk, noch dazu, wenn es auf einem staatlichen Bau vorkommt.

Auf dem Neubau des Krankenhauses im Viktoriahof stimmt auch nicht Alles so, wie man es auf einem städtischen Bau doch wahrscheinlich verlangen könnte. Baumeister Jakob ist auf diesem Wege schon oft an seine Pflichten gemahnt worden. Jetzt ist an der Kapelle wieder einmal ein Gerüst aufgestellt, das ein gewisser Baumeister im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht zulassen sollte. Auf dem Hauptgerüst sind einmal zwei eisteilige Böden aufeinander gestellt. Auf diesem schwebenden Gerüst müssen die Arbeiter 1—10 Zentner schwere Steine transportieren. Nicht einmal eine Barriere

ist an diesem schwankenden Gerüste angebracht. Beim geringsten Verschleßen können die Arbeiter von diesem nur einem Meter breiten Gerüste herunter stürzen. Gibt es Arbeiter, die gegen solche Mißstände protestieren — und das sind meistens organisiert —, so glaubt man seitens der Baumeister sich dadurch vor den unbehaglichen Maßnahmen zu schützen, daß man ihnen Festerabend giebt. Dabei giebt es eine gewisse Sorte von Arbeitern, die die Unternehmer durch ihre Schmiererei und Speichelkrederei noch in ihrem „edlen Thun“ bestärken. Um so mehr müssen die organisierten Arbeiter ein wachsameres Auge auf solche Mißstände haben. Nur eine starke Organisation ist im Stande, Mißstände zu schaffen.

***Zum Bauarbeiter-schutz.** Aus Krüggel wird uns geschrieben: Am 8. August fiel der Tischlermeister Krenzin aus dem dritten Stockwerk in den zweiten hinunter und zog sich innere Verletzungen zu, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Bau liegt in der Reigenwalterstraße und wird vom Maurermeister Ganslin ausgeführt. Das Unglück konnte nur passieren, weil die Leiter, die von allen Arbeitern und Passanten benutzt werden muß, zu kurz ist. Der Verunglückte wies auf das Kellergerüst gefahren und hätte dieses auch noch durchschlagen können, wenn es ihm nicht mit Hilfe zweier Maurer, die in der zweiten Etage ruhten, gestützt wäre, sich an den Gerüstbänken festhalten. Der Mißstand ist übrigens gar viele auf diesem Bau. Der Treppentritt ist wieder abgedeckt noch befindet sich ein Geländer dar. Die Balkenlagen sind noch nicht einmal richtig ausgefüllt, und bei diesem Zustand haben die Maurer den ganzen Innenputz fertiggestellt. — Bauhöhe giebt es nicht. Die Maurer und sonstigen Bauarbeiter nehmen ihre Mahlzeiten im Pferdestall ein, wo den Tag über in der Regel zwei und an Wochenmarktagen des Destrieren 10 bis 12 Pferde stehen. Bei jedem Gappen, den die Arbeiter in den Mund stecken, müssen sie den angenehmen Geruch des Pferdemistes mit hinuntergeschlucken, und außerdem können sie sich vor Fliegen kaum bergen. — Etwa 100 m von diesem Bau entfernt wird ein städtischer Bau, die elektrische Zentrale, von dem beiden Maurer- und Zimmermeister ausgeführt; etwa 20 Arbeiter sind daran beschäftigt. Wände und Aborte giebt es hier gleichfalls nicht. In diesem Falle ist noch bewundernswürdig, daß alle am Bau beschäftigten Maurer organisiert sind, d. h. sie gehören der sogenannten Freien Vereinigung an, und die Parteilose sind sogar Fortschrittsglieder. Natürlich werden diese Leute den Mangel schon recht oft empfunden haben, aber wahrscheinlich bürren sie nichts sagen.

***Streikfall und Hausgarrier.** Ein Verbandsrat der Hausbesitzer hat kürzlich in Eurt getagt und sich auch mit der Forderung der Bauunternehmer betriebs Aufnahme der Streikfall in die Baubetriebe beschäftigt. Dem Hausbesitzer-Verband gehören auch die meisten Bauunternehmer an und waren dieselben in der Versammlung stark vertreten.

Die Debatte wurde von einem Konzeptschreiber, der sich als Mitglied der Arbeitervereine bezeichnete, in neuerer Zeit vielfach ganz scharfe Forderungen gestellt und Arbeitsbedingungen oft leichsinntiger Weise in Szene gesetzt haben. Nachdem der Herr Konzeptschreiber und wohlberathene Grundbesitzer noch des Längeren über „Mißbrauch der Sozialistenschicht“ geredet hatte, verließ er sich zu der Schlussfolgerung: „Sobald die Thatsache allein, daß die Sozialdemokratie Gift und Galle über die Auslandsaufstellung ausschütete, sollte die Ordnungspartei überlegen, daß sie mit der Auslandsaufstellung auf dem richtigen Wege seien.“ Er beantragte schließlich: „Der Verbandsrat erklärt: Die Einführung der Auslandsaufstellung in Baubetrieben liegt im Interesse der Werkmeister und Hausbesitzer.“

Gegen diesen Antrag wandte sich Reumann-Altona: „Der Verbandsrat habe keine Veranlassung, sich in diese gewerblichen Fragen einzumischen.“ Sehr dringend erhob der Architekt Jungmann-Beipzig seine Stimme gegen die Streikfall. Die Hausbesitzer hätten ohnehin schon genug Freunde. Wenn sich nun der Verbandsrat noch für die Streikfall erkläre, dann dürste die Zahl ihrer Freunde sich noch bedeutend vermehren. Der Verbandsrat habe erklärt, daß er kein Kampfbündnis sei. Er warne davor, den Boden der Unparteilichkeit zu verlassen. Wer solle entscheiden, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt seien? Durch die Streikfall dürften sich die Ausstände in die Länge ziehen und den Nachteil davon hätten in erster Reihe die Hausbesitzer. Er hätte gewünscht, daß der Gegenstand überhaupt nicht auf der Tagesordnung des Verbandsrat stand geblieben hätte.

Dagegen trat Architekt Hüster-Sambor (der vorige Schachmacher im Unternehmerverband) in scharfer Weise für die Streikfall ein. Und der Baumeister Döder-Verlin (auch Vorstandsmitglied des Unternehmerverbandes) wollte die Streikfall sogar als „deutsch-nationale“ Sache erklärt wissen. Die Bauarbeiter verlangen nicht nur höhere Löhne, sondern auch kürzere Arbeitszeit; durch diese Forderung werde aber das Nationalvermögen geschädigt (11). Die Forderung der Streikfall müsse das Kampfbündnis gegen die Annahme der Sozialdemokratie bilden.“ Desgleichen trat Architekt Höpke-Beipzig mit großer Entschiedenheit für die Streikfall ein.

Ein anderer Redner, Rentier Heintzmann-Verlin, machte die Hausbesitzer darauf aufmerksam, sie müßten doch nicht vergessen, daß sie Vermietler seien und daß ihre Mieter in der weitaus großen Mehrheit aus Arbeitern beständen. Der Zentralverband betreibe eine sehr schiefse Ebene, wenn er in einer solchen sozialpolitischen Frage Stellung nehme. Er ermahnte dringend, über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung erhoben sich 66 Delegierte für, 68 gegen den Führenden Antrag. Der Vorsitzende, Baumeister Hartwig-Dresden, bemerkte, diese Stimmenzahl könne nicht als abschließende Abstimmung angesehen werden. Es müsse daher namentlich die Abstimmung auf Grund der Zahl der vertretenen Vereinsmitglieder vorgenommen werden. Um jedoch dies zu vermeiden, empfahl er folgenden Antrag anzunehmen: „Der Verbandsrat lehnt es für jetzt ab, durch eine Abstimmung über die geschlossenen Anträge zur Streikfall bestimmte Stellung zu nehmen.“ Diesem Antrag stimmte der Verbandsrat mit großer Mehrheit bei.

Damit hat die Annahme der Unternehmer eine neue Niederlage erlitten.

Die Baugeverbe in Berlin im Jahre 1899.

I.
Der jüngst erschienene zweite Teil des Jahresberichtes des Vorkommens der Berliner Kaufmannschaft über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1899 enthält auch manches

Bemerkenswerte über die Verhältnisse in der Industrie der Erden und Steine.

Zunächst wird festgestellt, daß die Bauhäufigkeit in Berlin und seinen Vororten im Jahre 1899 äußerst reger war. Nicht nur der Staat und die Gemeinden traten mit umfangreichen Neubauten hervor, sondern auch die solide Privatbauhäufigkeit zeigte eine rege Entwicklung. Neben einigen Garnisonbauten hatte der Staat die großen Justizgebäude und die Regulierung der Spree in Ausführung genommen, während die Stadtgemeinde Berlin, welche in den letzten Jahren mit ihren Bauten im Maßstabe geblieben war, außer den vielen großen Schulbauten, die neuen Krankenhausanlagen in der Schirke, das Ständesamt an der Fischerbrücke, Volksbadeanstalten z. erbaut. In Charlottenburg waren ebenfalls ganz erhebliche Mittel für die Ausführung von drei großen Schulgebäuden und dem Neubau eines Rathhauses für das Jahr 1899 bereit gestellt worden.

Der allgemeine Aufschwung der Industrie läßt seinen Einfluß in recht erheblichem Maße auf die Bauhäufigkeit aus. Viele große industrielle Unternehmungen, die mit ihren Vertrieben teilweise noch im Innern der Stadt waren, haben in den Vororten große neue Fabrikanlagen erbaut und mit den dazu gehörigen Arbeiterwohnhäusern ganze Kolonien geschaffen. So führten die Maschinenfabrik vorm. Schwarzhoff Alt.-Ges. in Wilbau, die Firma Vorig und andere Industrielle in Regell und Reinickendorf bedeutende Neubauten aus. Infolgedessen entfaltete sich in deren Umgebung naturgemäß auch eine rege Bauhäufigkeit zwecks Schaffung von Wohngelegenheiten z. — So entstand zwischen Reinickendorf und Regell die neue Ortschaft Vorstgölde, in welcher im Berichtsjahre nicht weniger als 90 Wohnhäuser errichtet wurden oder noch im Bau begriffen sind. — Auch die Vororte an der Obersee, Oberschönweide, Cöpenick, Mummelsburg zc. entwickelten sich rapide durch die Ausführung von großen Neubauten, welche namentlich der elektrischen, der Bergwerksmaschinen- und Beleuchtungsindustrie dienen sollen.

Im Innern der Stadt kam das seit Jahren in Berlin sich regende wachsende Bestreben, die unmoderneren Häuser durch moderne Prachtbauten zu ersetzen, diesmal zum Ausdruck; es hat sich insofern gerade in den Hauptgeschäftszentren Berlins eine lebhaftere Bauhäufigkeit gezeigt. Die Millionenstadt drängt immer mehr darauf hin, die großen Kauf- und Waarenhäuser in den Zentren zu bereinigen, und so sind namentlich in der Gegend des Rathhauses, der Reigenwalterstraße, der Friedrichstraße und in den umliegenden Straßenzügen große, umfangreiche Handelsbauten entstanden.

Infolge der wesentlichen Steigerung der Mieten in den letzten Jahren fanden die Unternehmer trotz des ungünstigen Geldstandes immer noch ihre Rechnung. Diese Festhaltung durch die Berliner Handelskammerberichter ist nach beiden Richtungen interessant. Einmal wird offen zugegeben, daß die Wohnungen in Berlin in den letzten Jahren wesentlich verteuert worden sind, und sodann das Bestreben, daß die Spekulationen und Hausbesitzer trotz des hohen Zinsfußes z. recht gut auskommen. Das heißt, es rentirt sich sehr gut, in Berlin Hausgarrier zu sein.

Im Ganzen wurden in Berlin außer den vielen kleinen Ladenanbauten etwa 600 Kaufhäuser und in den näheren Vororten deren etwa 450 errichtet, zu denen noch die umfangreichen Bauten in den ferneren gelegenen Vororten, wie Wilbau, Cöpenick zc., hinzukommen.

Eine typische Erscheinung, führt der Bericht ferner aus, sind im Berliner Baugeverbe die fortgesetzten Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern, welche die Bauhäufigkeit lähmend beeinflussen. Es wird dann der im Berichtsjahre stattgehabene Streik der Maurer erwähnt, der den eigentlichen Zusammenstoß der Bauunternehmer zur Folge hatte und der dann, wie erwähnt, mit der Festlegung eines Stundenlohnens von 65 $\frac{1}{2}$ endete. Wozu demnach gäbe es fortwährend unter den Arbeitern der Baugeverbe und verwandten Industrien (Tischler, Klempner zc.), so daß der ruhigen Entwicklung des Gewerbes störende Hindernisse entgegenstehen, die in bezug z. verhältnismäßig leicht zu überwinden waren.“

In der Darstellung der Verhältnisse in der Fabrikation der Hinterbauwerke keine wird über den Mangel an Arbeitern geklagt, der eine Steigerung der Arbeitslöhne herbeiführt. Die Umstände seien trotz aller Störungen nicht hinter denjenigen von 1898 zurückgefallen und auch die Preise konnten etwas erhöht werden. Es kosteten 1000 Stück Hinterbauwerke erster Klasse M. 26,50 bis M. 27,50, zweiter Klasse M. 24,50 bis M. 25,50 und dritter Klasse M. 23 bis M. 24 per Stab bezogen, per Waagen etwa M. 1 mehr.

Die Preise für Zement waren im Jahre 1899 um ein Geringes höher, als im Vorjahre. Die Erhöhungen wurden aber fast ganzlich absoorbiert durch sehr hohe Kohlenpreise und eine außergewöhnliche Steigerung der Arbeitslöhne, welche besonders in Müddersdorf erheblich sichtbar wurde, weil dort sich eine neue Zementfabrik im Bau befindet, welche der alten viele Arbeitskräfte entzog. „Und wie hoch waren die außergewöhnlich gestiegenen Arbeitslöhne?“ Sie betragen im Durchschnitt in Müddersdorf und Posen für die erwerbenden Vorkarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit M. 2,90 im Tagelohn, während bei 11stündiger über M. 3,25 Arbeitsverdienst erzielt wurden.“ Also so viel betragen nun diese „außerordentlich gestiegenen Arbeitslöhne!“ Das giebt Arbeitslöhne von M. 17,40 bis M. 19,50, von denen an sieben Wochentagen gelebt werden muß. Wenn diese thatsächlich niedrigen Löhne gegen 1898 eine „außerordentliche Steigerung“ darstellen, ja, wie niedrig waren sie denn dann im genannten Jahre? Nun der Berliner Handelskammerbericht für 1898 giebt darauf die Antwort. Es heißt nämlich in demselben: „Während des Jahres bezahlten wir (d. h. die Portland-Zementfabrik in Müddersdorf) für jeden Tagelohn (wurde also gekauft) bei zehnständiger Arbeitszeit M. 2,75; im Betriebe verdienten unsere Vorkarbeiter durchschnittlich über M. 3.“ Demnach beträgt die in 10 überaus großprozentige Weise betonte „außerordentliche Steigerung“ der Arbeitslöhne, ganze 15 $\frac{1}{2}$ für die Tagelöhner und 25 $\frac{1}{2}$ für die Vorkarbeiter pro Tag. Und damit macht man dann so viel Getöse! Auf der anderen Seite hat vielleicht die wesentliche Steigerung der Wohnmieten eben so viel betragen, oder doch nicht viel weniger, so daß die kleine Mehreinnahme an Lohn durch diese Mehrausgabe allein absorbiert wurde.

Weiter heißt es dann in dem Kapitel über die Zementindustrie: „Analog dem Vorjahre blieb das Angebot von Arbeitern erheblich hinter dem Bedarf zurück, so daß oft unter ganz erheblichen Gehelopen neue Arbeitskräfte aus ent-

fernten Provinzen herangezogen werden mußten. Die Möglichkeit, diesen Arbeitermangel durch russische oder galizische Arbeiter zu ersehen, die in großer Zahl angeboten wurden, ist immer noch nicht gegeben, weil die Beschäftigung derselben in industriellen Unternehmungen der Provinz Brandenburg verboten ist.“

Wichtig wurde im Berichtsjahre in Berlin und Umgegend daselbe Quantum umgesetzt wie im Vorjahre. Die Preise waren auf zwei Jahre festgelegt durch eine gemeinsame Zentralverkaufsstelle Berliner Vorkarbeiter. Der Nutzen wurde geteilt durch die Preissteigerung für Kohlen und die Steigerung der Löhne für Arbeiter und Kutscher. Die Verkaufspreise für Stall waren noch durch Abschlüsse für 1899 gesichert, haben aber steigende Tendenz infolge der Bildung von Syndikaten in Schlesien und den anderen Bezugsgegenständen.

Unter „Gips“ wird berichtet, daß die Arbeitslöhne um ca. 30 pzt. (1) und die Kohlenpreise um ca. 10 pzt. gestiegen, während die Preise für Gips nicht gleichgeblieben seien. Schade, daß nicht über die früheren Arbeitslöhne und über die jetzigen nähere Mitteilungen gemacht sind, so daß man selbst feststellen könnte, ob und eventuell um wie viel die Arbeitslöhne in den Gipswerken erhöht wurden. Wir setzen daher der Behauptung von der Lohnsteigerung um 30 pzt. sehr skeptisch gegenüber.

Auf einige andere Zweige der Gewerbebranche Erden und Steine kommen wir in einem zweiten Artikel zurück. Z.

Bauarbeiter-schutz und Unternehmerrache in Weimar.

△ Schon im Jahre 1899 war hier die Einsetzung einer Lokalkommission für Bauarbeiter-schutz angeregt worden, doch gelang es nicht, die Institution ins Leben zu rufen. Erst nach wiederholter Anregung der Gewerkschaftskommission erfolgte im Juni d. J. die Konstituierung der Kommission auf Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, wonach die Bauarbeiter in ihren Mitgliederorganisationen Delegierte für die Kommission zu wählen hatten. Mit Unterstützung der Gewerkschaftskommission konnte die Lokalkommission ihre Arbeiten bald beginnen. Durch die Förderung dieser Sache, d. h. der Konstituierung selbst in den Mitgliederorganisationen, kam schon eine Fülle der traurigsten Zustände an heillosen Bauten zur Kenntnis der Behörden, welche hierauf eine strenge Kontrolle der Bauten durch die Baupolizei einführte. Die Folgen derselben machten sich bald bemerkbar. Das Unternehmertum geriet in Aufregung, sah es sich doch in seinen „heiligtien Gütern“, in der ungeklärten Ausbeutung, unerbittlich etwas eingeschränkt.

Die Lokalkommission für Bauarbeiter-schutz ließ sich trotz mancher Zeichen drohender Ungetriebenheit nicht beirren. Am 2. Juli wurde die Sommerkontrolle der hiesigen Bauten bewirkt. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Es waren vorhanden 86 Bauten; an denselben wurden 818 Arbeiter beschäftigt. Durch Innungsmeister wurden 11 Baue ausgeführt, an welchen 116 Arbeiter tätig waren. Trotz der jetzt schon etwas scharfer durch die Behörden gehandhabten Kontrollen waren doch noch verschiedene Gerüste burdaus mangelhaft, ja direkt schlecht in Bezug auf Material und Herstellung. Von einer Kontrolle durch die Lehrlingsige Baugewerkschaftskommission konnte die Kommission nichts erfahren. Nur an 8 von den 86 Bauten waren die Unfallberühmungsprotokolle ausgehängt. Die Balkenlagen waren auf 4 Bauten sehr mangelhaft, auf einem Baue gar nicht abgedeckt. An einer Anzahl Bauten war die Zwischenabdeckung völlig unzulänglich. Nur an 20 Bauten waren Baubanden vorhanden, doch entsprach keine einzige den minimalen Anforderungen, betreffend Reinlichkeit und Gesundheit. Aufwändige Wände, d. h. solche Wände, daß der Wind nicht durch die Spalten, Ritze und Abdrü pff, hatten 14 Bauten; wasserichte Dächer hatten 16. In 4 waren Fenster angebracht, welche zu öffnen waren. Holzfußböden war nur in 2 Bauten vorhanden. Verschleißbare Türen hatten alle 20 Bauten, die meisten waren aber nur sogenannte Marktboen, deshalb räumlich sehr beschränkt. Sie dienten theilweise zur Aufweberung von Zement z. Verbandsbänken, Anweisung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Schranke zum Aufweberden der Kleider, der Egelocher, Waschgefäße und Schindeln waren nirgends vorhanden; solche Dinge sind nach Ansicht der Unternehmung für Bauarbeiter überflüssige Zugsggegenstände. In den Gebäuden an den Aufgängen und Treppentritten waren nur in einzelnen Fällen Brüstwehren angebracht. Abortanlagen waren an 24 Bauten, die Arbeiter der übrigen 12 Bauten mußten sehen, wie sie in anderer Weise sich halfen. Die Zustände in dieser Beziehung, auch an der Bauten, wo ein sogenannter Abort vorhanden war, spottet jeder Beschreibung und veranlassen eine sofortige Eingabe an den Gemeindevorstand, mit dem Eruchen um Abhilfe bei gesundheitsgefährlichen und unsittlichen Verhältnissen.

Das städtische Bauamt, bezw. der Stadtbaurath Schmidt, erklärte, daß bisher eine Kontrolle nach dieser Richtung nicht stattgefunden habe, daß die geschilberten Verhältnisse allerdings beständen, wie die eingeleitete Untersuchung ergeben habe, daß man aber bisher keine Kenntnis von den Zuständen gehabt hätte, für Beseitigung der Missethände aber befreit sei werde. Das wurde dem Eingehenden des Gesuchtes mündlich, in angelegtem Termin amtlich mitgeteilt. Das städtische Bauamt und der Gesundheitsrath mögen nun wohl an die Unternehmer herantreten sein, damit wenigstens die allem Scham- und Sittlichkeitsgefühl Sohn sprechenden Zustände an vertriebenen Bauten beseitigt wurden; thatsächlich ist bald eine Verenderung eingetreten, wenn auch nicht gleich überall. Aber das Unternehmertum schämt sich dafür auch Wuth und Rache; der Moloch Kapital verlangt Opfer, und zwar Menschenopfer. Er rasset nicht noch ruht er, bis sich die Wuth gekühlt. Ein Opfer hat er errichtet.

Nach der scharfren Durchführung der Kontrolle seitens des Stadtbauamtes entstand in den Kreisen der Bauarbeiter und des Unternehmertums das Gerücht, die scharfere Aufsicht sei die Folge einer schriftlichen Anzeige des Vorsitzenden der Zentralstelle des Bauarbeiterverbandes und des Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission. Nach dem Gerücht sollten sogar städtische Beamte den Unternehmern das begehrte Schriftstück mit den betreffenden Unterschriften vorgezeigt haben, mit dem Bemerkten, für die Kontrolle sollten die Unternehmer sich bei den beiden Arbeitern bedanken. Die Unternehmer hielten die Sache so hin, als ob sie selbst doch schon Alles gekannt hätten, was zur Sicherheit der Arbeiter erforderlich war. Die beiden Arbeiter, welche die Anzeigen erstattet hätten, sollten sich lieber um andere Sachen kümmern, denn vom Gerücht und vom Baue überhaupt verstanden sie doch nichts. Die Unternehmer hätten auch keine Lust, das Leben und die Gesundheit zu opfern, und doch

arbeiteten sie selbst mit auf den Gerüsten. Es wären also nur Chikanen, unter welchen die Unternehmer zu leiden hätten. Wenn das so weiter ginge und die Polizei immer mehr Anforderungen stelle, so könne kein Unternehmer den bisherigen Lohn weiter zahlen; dann würden die Gerüste so schwer, daß der Lohn reduziert werden müßte. Durch solche und ähnliche Bedenkenart wurden es die Unternehmer, die unterfahren, indifferenten Arbeiter gegen die eigenen Kollegen aufzuheben. Fügten sie noch hinzu, daß die Führer nur von den Arbeiter-Größen leben, sich von den Kollegen ernähren ließen, daß die Führer Faulenzer seien, die den ganzen Tag spazieren gingen und nur die Arbeiter aufbehalten, ja daß diese Führer Sozialdemokraten wären, die theilen wollten, das Theilen auch schon richtig besorgten, indem sie den Arbeitern die Großen aus der Tasche lockten, die Arbeiter sich täglich abradern ließen, selbst aber garnichts thaten — dann war es gewöhnlich um die ruhige Bestimmung der Arbeiter geschehen, dann brachten es diese Arbeiter fertig, ihre Kollegen, die für sie kämpften und sich in die Schanzen stürzten, zu beschützen, ja zu beschützen. Dem Vater M. und unserem Verbandsmitglied F. hat man in Aussicht gestellt, sie dem Bau zu prägen, wenn sie sich bilden lassen würden. Die Unternehmer äußerten sich in gleicher und noch brutaler Art, sie hielten noch mehr gegen M. und F., dabei immer sich auf städtische Beamte berufend.

Um dem Gerüde ein Ende zu machen, erstatteten M. u. F. Beschwerde gegen die Beamten des Stadtbaumeisters und beantragten Untersuchung, denn sie hatten eine schriftliche Denunziation gegen irgend einen Unternehmer nicht erstattet, obwohl Anlaß dafür genug gegeben war. Die Strafen, welche gegen einzelne Unternehmer ausgesprochen waren, erfolgten nur, weil sie die Bestimmungen der städtischen, schon Jahre lang bestehenden Bauordnung nicht beachtet hatten. Es war keine neue Verfügung erlassen, das Baunamts sah nur etwas mehr darauf, daß die überaus hingsigen Schutzbestimmungen der alten Bauordnung eingehalten wurden. In Versammlungen war Kritik geübt worden, ohne auch nur einen Namen zu nennen. — Die vom Gemeindevorstand eingeleitete Untersuchung ergab dann ein überraschendes Resultat. Es hatte wirklich der Bauaufsichtspräsident vom städtischen Baunamts sich dahin geäußert: „Für die stärkere Kontrolle sollten sie sich bei D. n. e. bedanken! Wie nun aber gerade die Arbeiter und Unternehmer dazu kamen, unter dieser Bezeichnung die Kollegen M. und F. zu verstehen, das wollte man nicht. Was h. r. i. n. i. g. hätten die Baunamtsmitglieder Mißhoff und Gillsch es zuerst gesagt und der Beamte habe es nur nachher gesagt. W. a. m. e. n. habe er nicht genannt.“ — Der Beamte Pralller ist aber sehr ernsthaft verwahrt worden und angeordnet, in Zukunft sich solcher Nebenarten zu enthalten. — Da es weder M. noch F. darauf ankam, eine Verletzung des Pralllers herbeizuführen, sie nur die Klarstellung wünschten, war für sie die Sache damit erledigt. Es war festgestellt, daß M. und F. eine Anzeige nicht erstattet hatten.

In dem Termin, in welchem dem Kollegen F. im Rathhause das Ergebnis der Untersuchung eröffnet wurde, bemerkte im Laufe der Unterhaltung der Oberbürgermeister, Geh. Reg.-Rath Bahl, daß es nur in der Ordnung gewesen wäre, wenn wir Anzeige erstattet hätten, denn es seien tatsächlich Lebensgefährliche Gerüste an den Bauten vorhanden gewesen. Auch die von dem Mann der Baukontrollkommission, Maler Verndt, erstattete Anzeige wegen der Aborte (Namen sind auch hier nicht genannt) sei berechtigt. Wenn die Arbeiter Beschwerden hätten, sollten sie diese nur anbringen! Und wenn sie Anträge stellen wollten, so sollten diese bei der Bearbeitung der Bauordnung, welche im Werke sei, berücksichtigt werden.

Das natürlich den Unternehmern durch dies Ergebnis in die Suppe gespuht war und daß sie deshalb Rache brüteten, ist erklärlich, denn wo in der Welt gibt es wohl Unternehmern, die offen und ehrlich ihre Verlogenheiten und ihre Ausbeutungsgehalte eingestehen. Gegen den Maler Verndt richtete sich nun namentlich die Wuth der Unternehmern, gegen den Maler, der auf ihren Bauten herumspionierte. Dem Arbeitgeber Verndt's, dem Malermeister Mikolob, wurde gesagt: „Schick Du mir den B. in den Bau, so prägen ich ihn heraus.“ Mikolob erklärte kurz und bündig, er könne B. auf keinen Bau mehr schicken; thäte er es doch, würde er keine Geschäfte mit den Unternehmern mehr machen. Und wenn er selbst Baunamtsnehmer wäre, dann würde er es genau so machen wie diese. B. ist dann von einem Malermeister zum anderen gegangen, und obwohl einige Meißner Geschäften suchten, A. stellen sie nicht ein. Die Malerinnung hatte B. auf die schwarze Liste gesetzt, sie machte mit den Baunamtsbeamten gleiche Sache. Bei seinem Umfragen nach Arbeit traf B. auch den Baunamtsnehmer Mißhoff, der ihn zurief, er solle nicht umherhinkommen, sondern arbeiten. Darauf antwortete Verndt, man habe es ja erreicht, daß er nur arbeitslos sei und auch keine Arbeit erhalten könne. Mißhoff entgegnete nimmer, daß sie recht so, verhungern müßte er, was hätte er sich auch um Sachen gekümmert, die ihn nichts angingen, er mache nur den Arbeitgebern Sorgen; sie hätten schon so genug. — Diese Antwort kennzeichnet die Sinnart des hiesigen Baunamtsnehmers zum Genüge. Und die Arbeiter? Sollen sie sich endlich auch in Weimar begreifen, daß sie ihre Waffen schärfen erhalten müssen, wenn sie nicht unterliegen wollen und Solidarität bewahren müssen durch die That, wenn sie auch für die Zukunft sich Wortkämpfer erhalten wollen. S. F.

Der Stand des Bauarbeiterlohnes.

(Bericht des Sekretärs der Zentralkommission für Bauarbeiterlohn für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900.)

IV. Die Provinz Schlesiens und die Schlesische Posenische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Seitens der Zentralkommission ist wiederholt versucht worden, die baugewerblichen Arbeiter der Provinz Schlesiens für den Bauarbeiterlohn zu interessieren; bisher war der Erfolg aber nur ein geringer. In Breslau, Görlitz, Wunzlau, Kienitz und Striega haben sich Lokalkommissionen behufs Baukontrolle und Förderung des Bauarbeiterlohnes gebildet. Aber auch von diesen haben nur die Kommissionen in den drei erstgenannten Orten im Sinne der Zentralkommission gearbeitet. Die Arbeiter-schaft in Schlesiens gehört so leider zu der bedürftigsten ganz Deutschlands, und so ist es nicht zu verwundern, wenn auch bezüglich der baulichen Einrichtungen wenig oder gar keine Anstöße gemacht werden. In neuerer Zeit hat jedoch auch in Schlesiens die Agitation der Gewerkschaften schöne Erfolge in-

soweit erzielt, daß die Arbeiter anfangen, sich für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu interessieren. Die ersten Erhebungen über die Beschaffenheit des Arbeiter-schutzes im Jahre 1895, die von Seiten der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in dieser Provinz durchgeführt wurden, zeigten die handhabbarsten Zustände auf allen Gebieten der Bauausführungen. Eine Veränderung zum Besseren ist nach den uns zugänglichen Berichten noch nicht eingetreten.

In Breslau, Görlitz und Wunzlau wurden in der Zeit vom 4. September bis 7. Dezember insgesamt 297 Bauten gezählt und davon 292 kontrollirt; von den kontrollirten Bauten waren 124 (42 pCt.) in den Händen der Innungsmeister und nur auf 96 (von den 292) gingen die Unfallverhütungsvorschriften aus. Wenn man nur selbst annehmen wollte, daß die Unfallverhütungsvorschriften allein auf den Bauten der Innungsmeister ausgehängt worden wären, so hätten immerhin 28 dieser „Meister“ ihre Pflicht verletzt. Die Verbots- und Vorschriftsmaßregeln sind ähnlich so, wie sie aus Pommern und Brandenburg ge- schlossen worden sind. Bei den 292 kontrollirten Bauten und Baustellen waren 183 Wandbauten, bei 159 Bauten schiefen die- selben. Der Verbandsstatut, der nach den revidirten Unfallverhütungsvor- schriften der Vereinsgenossenschaft vorhanden sein soll, war nur in 81 Wandbauten vorhanden.

Die staubige Beschaffenheit der Arbeitsanlagen tritt in dem Maße der „gründlichen Stillschließung und Ventilation“ um so wichtiger hervor, weil hier die bei den Bauten beschäftigten Frauen und Jugendlichen Arbeiter gezwungen sind, diese Anlagen gemeinschaftlich mit den erwachsenen männlichen Arbeitern zu benutzen.

Was die Beschaffenheit der Gerüste anbetrifft, so werden dieselben aus Breslau als „miserabel“ und aus Görlitz und Wunzlau als „ziemlich gut“ bezeichnet. Von einer Herstellung der Gerüste durch Zimmerer ist in Schlesiens keine Rede, eine Ausnahme wird nur für die Monumentalbauten gegeben. Von Görlitz aus wird bezüglich der Abdeckung der Walfenlage sehr getagt; hierin soll dort oft eine große Nachlässigkeit herrschen. Die Frage: Ist eine bemerkenswerthe Kontrolle der Baufragten der zuständigen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft zu bemerken, und zeigen die Organe der Baupolizeibehörde ein Interesse für den Bauarbeiter durch wiederholte Revisionen der Bauten, Gerüste und Gerüststellen? wird, soweit die Baufragten der Vereinsgenossenschaft in Frage kommen, aus sämtlichen Orten verneint. Bezüglich der Kontrolle der Baupolizeibehörde ist aus Breslau keine Antwort eingegangen, und Görlitz sowie Wunzlau antworten mit Nein. Aus Görlitz wird hierzu be- richtet, daß durch die Diskussionen in den Versammlungen die Polizei sich veranlaßt gefühlt hat, Vorschriften für Schutzvor- richtungen in den baupolizeilichen Verordnungen einzufügen, aber eine Kontrolle wird nur in einzelnen Fällen vorgenommen. Interessant sind die von den bereinigten Berufsorganisationen in Görlitz beigegebenen Sonderberichte. So theilen die Dienstler mit: Es ist und bleibt gezwungen, Open zu sehen, wo gar keine Ausführung der Walfenlage vorhanden ist; — Lebensgefährlich ist es, weil jeder haugewerbliche Arbeiter. Unsere Gerüste und Leitern sind schlecht und mangelhaft. Das ist nicht anders, wird, liegt an der Interesslosigkeit der Kollegenchaft am Ort. Die Nachbeter berichten: Die Schutzvorrichtungen sind mangelhaft. Gute Leitern und Gerüste haben nur wenige Meister, die diese aber wenig zur Anwendung geben. Gewöhnlich geben die Herren nur Stricke mit, die dann zusammengeknüpft und statt der Seile benutzt werden. Dies hindert dieses bei den Arbeiten ist, wo durch den Knoten die Seile oft festgeklemmt wird und hängen bleibt, ist leicht erklärlich. Die Zimmerer klagen darüber, daß die Gerüste und die Balkenabdeckungen so mangelhaft ausgeführt werden.

Was den Arbeiterschutz in den städtischen und Bezirksbauordnungen anbelangt, so hat die Polizeibehörde für die Stadt Breslau im Jahre 1899 ganz gute Bestimmungen über Ab- deckung der Walfenlagen und Gerüste erlassen. Was nützen aber die schönsten Bestimmungen, wenn sie nicht befolgt werden und wenn keine Kraft vorhanden ist, die die Unternehmer zur Be- folgung der Bauordnungen anfaßt. — Der Bauordnung für den Regierungsbezirk Pommern ist ein Kommentar beigegeben, in welchem den Unternehmern so recht einbringlich die straf- rechtliche Haftung und Verantwortlichkeit zu Gemüthe geführt wird; diese Hinweise haben aber keineswegs vermocht, die Unternehmer von ihrem gewissenlosen Selbstvergnügen abzubringen. — Die Bauordnung für Pommern von 1883 zeigt mehr die bekannte Tendenz, bei der Bauausführung die Passanten der Straße und die späteren Bewohner der Häuser zu schützen. Diese Bauordnung verlangt Geleiser an den Gerüstplätzen und eine dicke Bretterabdeckung der Gerüste, weil sonst Gefahren für andere Leute entstehen können, dadurch, daß ihnen „Schutt, Baumaterial und die Arbeiter“ auf die Köpfe fallen könnten.

Die Schlesische-Posenische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Von Beginn des Jahres 1888 bis Schluß des Jahres 1898 sind bei dieser Vereinsgenossenschaft 24 955 Unfallanzeigen er- stattet worden. Im Jahre 1888 waren 1128 Verletzte und 1898 8641 Verletzte zu verzeichnen, das ist eine Zunahme von 1898 gegen 1888 von 2518 Verletzten = 244,22 pCt. In denselben Zeitraum fiel die Zahl der Verletzten von 66 775 im Jahre 1888 auf 98 200 Verletzte im Jahre 1898, das ist eine Zu- nahme der Zahl der Verletzten gegen 1888 von 31 425 Ver- letzten = 47,10 pCt. Die Zahl der Verletzten ist verhältnis- mäßig gegen die Zahl der Verletzten im 197,12 pCt. geiegen. Auf je 1000 Verletzte kamen im Jahre 1888 16,82 Ver- letzte, 1889 21,91, 1890 24,51, 1891 23,89, 1892 24,54, 1893 29,80, 1894 30,10, 1895 31,83, 1896 25,68, 1897 37,65, 1898 87,07. Die Zunahme von 1898 gegen 1888 beträgt 20,25 Ver- letzte auf je 1000 Verletzte = 120,39 pCt. Im Jahre 1888 waren Verletzte, welche unfähig wurden 272, 1889 826, 1890 458, 1891 899, 1892 467, 1893 483, 1894 504, 1895 565, 1896 687, 1897 717, 1898 767; zusammen 6647. Die Zu- nahme von 1898 gegen 1888 beträgt 479 Verletzte, ist gleich 182,72 pCt.

Die Zahl der Toden-erfolge folgende wechselnde Steigerung: 1888 68, 1889 77, 1890 79, 1891 67, 1892 65, 1893 68, 1894 65, 1895 64, 1896 81, 1897 96, 1898 97. — 1898 hatte die Zahl der Toden den niedrigsten Stand, die Zunahme von 1898 gegen 1897 beträgt 39 Tode, ist gleich 67,24 pCt. Nach alledem hätte die Vereinsgenossenschaft die größte Tr- sache, ihren Arbeiterschutz auszubauen; bis auf die Revision der Unfallverhütungsvorschriften von 1898 ist von einer derartigen menschenfreundlichen Tätigkeit nichts zu merken. Vor Beginn des Jahres 1888 bis Schluß des Jahres 1898 hat diese Veru-

genossenschaft für den Erfolg der Unfallverhütungsvorschriften M. 2004,08 ausgegeben und die Ueberwachung bezw. Durch- führung der Vorschriften: 1898 M. 66,46, 1897 M. 99,55, 1898 M. 88,60, also innerhalb 14 Jahren insgesamt M. 194,60. Diese Vereinsgenossenschaft leistete für die Ueberwachung des Arbeiterschutzes auf je 1000 Verletzte im Jahre 1898 etwas über 39 S.

Bis Schluß des Jahres 1898 hatte diese Vereinsgenossenschaft keinen Baufragten zur Kontrolle und Ueberwachung bezw. Durch- führung der Unfallverhütungsvorschriften angestellt. Die Kon- trolle der Bauten ist hiernach von den 188 Vertrauensmännern dieser Vereinsgenossenschaft wohl so nebenbei besorgt worden. Um aber doch den Verletzten „entgegen“ zu kommen, hat die Vereinsgenossenschaft sich ein anderes Gebiet ausgesucht. Bei der Rentenversicherung hat man die sogenannter Rentenversicherer in ergiebiger Weise in Anwendung gebracht. Im Jahre 1888 waren unter den Verletzten 43 hollig dauernd erwerbsunfähig, 1889: 85, 1890: 29, 1891: 23, 1892: 32, 1893: 28, 1894: 22, 1895: 21, 1896: 14, 1897: 15, 1898: 8. — Im diesen Ab- gang der hollig Krüppel, besonders für 1898, zu verzeichnen, muß man die Zahl der Toden in diesem Jahre betrachten: tobt 97, aber nur 8 hollig Erwerbsunfähig! — Wie wunderbar der Zufall, das Geldverloren der Krüge und die Korrektur der geschäftlichen Thätigkeit der Vereinsgenossenschaft in das menschl- iche Schicksal eingeleitet! Aus dem hollig Krüppel wird ein „Hellschwerm“ und aus der theilweisen Erwerbsunfähigkeit eine „Vorbereitende“.

Die Ursache dieser wunderbaren Wirkung der Beschäftigung der geschäftlichen Thätigkeit der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft liegt in der Mitwirkung der mediz- nischen Institute, die so oft unbeachtet die materiellen Interessen der Vereinsgenossenschaft zu wahren wissen. Diese „Renten- querschnitte“ würden, wie die Zahlenzusammenstellung ergibt, „den Toden gern das Leben wiedergeben“, wenn die Natur und der Tod nicht zu unerbittlich wären. Im April vorigen Jahres hatten wir Gelegenheit, in Breslau ein solches Institut durch die Freundlichkeit des leitenden Arztes in Augenschein zu nehmen. Es ist eine nicht zu leugnende Thatsache, daß diese Institute bei weniger Beaufsichtigung durch die Vereinsgenossenschaft durch die fortgeschrittenen Entwicklung der Heilkunde und der Seligmachung bedeuten mehr für die verletzten Arbeiter leisten können als zur Zeit, wo sie von den Arbeitern mit Mißtrauen und Vorurtheil betrachtet werden. Wie uns der Dr. W. auseinandersetzt, wären Vorurtheil und Mißtrauen der Arbeiter nicht berechtigt, denn die „gebrauchsfähigen Glieder“ wären immer besser, als die „durchschnittlich zum Leben un- genügende Rente“. Der Arbeiter, so meinte der Herr, „der zum Leben auf eine bescheidene Rente angewiesen, herlebe der Synchonie und der Verwundung, die ihn vollständig dem Alkoholenz und der Beschmutzung in die Arme treibt.“ Darin liegt die Wahrheit. Aber warum lassen die Vereinsgenossenschaft so niedrige Renten, die niemals im Verhältnis zu der durch den Unfall verlorenen Arbeitskraft stehen. Die leitenden Krüge dieser Institute als Vertrauenspersonen der Vereinsgenossenschaft benutzen ihre Stellung, um durch ihre Gutachten und Abschätzungen der möglichen Arbeitskraft die Renten so oft ungerathet kürzen zu lassen. Nach den Ausführungen des Herrn D. Polakowski im Reichstage bei der Beratung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist es nicht die Aufgabe der Krüge, sich um die Werthabschätzung der Arbeitskraft der geschäftlichen Unfallverletzten zu kümmern, sondern diese Aufgabe liegt nur den Personen des praktischen Berufslebens zu.

Die maßgebenden Personen in den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften müssen doch ganz gut wissen, daß Krüppel im Baugewerbe ihren Erwerb nicht finden können. Die Unternehmer dürfen eigentlich Arbeiter, die nicht im vollen Besitz ihrer Arbeitskraft und gesunden Gliedmaßen sind, also Krüppel, nach ihren Unfallverhütungsvorschriften garnicht beschäftigen. Gevoh, hierbei brüden sich die Unfallverhütungsvorschriften sehr vorichtig aus. Es heißt es unter III. § 23 der revidirten Unfallverhütungsvorschriften dieser Vereinsgenossenschaft: „Arbeiter, welche an Fallsucht, Krämpfen, Schwindel, Schwerhörigkeit oder anderen nicht in die Augen fallenden Krankheiten leiden, haben dies vor Eintritt der Arbeit dem Arbeitgeber zu melden; dieselben dürfen nur bei minder gefährlichen Arbeiten zur ebenen Erde Ver- wendung finden.“ Damit ist aber die Arbeitsgelegenheit für Krüppel und Gebrechliche im Baugewerbe so gut wie aufgehoben. Dieser Bestimmung wird man bei den komplizirten Gebäuden, die das Baugewerbe mit sich bringt, eine Berechtigung nicht bestreiten können, um so weniger oder sollten die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften der großen Zahl der entschädigungs- berechtigten Verletzten die Grinsen zum Leben zu erschweren suchen. Die Schlesische-Posenische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft müßte rednerisch, wenn man die Zahl der Volkstümer für das Jahr 1888 zu Grunde legt, entscheiden, 64 Volkstümer haben, hat aber infolge der „Rentenquerschnitte“ nur acht dieser Ent- schädigungsberechtigten. Die Vereinsgenossenschaft hat von 1888 bis Schluß des Jahres 1898 wenigstens die Summe von M. 260 000 geparkt, die den verletzten Arbeitern abgezogen worden sind.

In Schlesiens sind im Baugewerbe auch Frauen gewerblich thätig. Bei den zwölf kontrollirten Bauten in Wunzlau waren 16 Frauen beschäftigt. Neben der Frauarbeit ist noch das Gebvordreten der jugendlichen Arbeiter bemerkenswerth. Deshalb ist es sehr leicht erklärlich, daß die Unfallstatistik nach der Richtung nicht unbeachtet zu lassende Zahlen aufweist. Von den 6647 Verletzten, welche von Beginn des Jahres 1888 bis Schluß des Jahres 1898 entschädigt wurden, waren 129 Frauen und 116 jugendliche Arbeiter. Insgesamt hatte diese Veru- gensgenossenschaft in dem angegebenen Zeitraum: 24 955 Verletzte und 817, welche an den Verletzungen gestorben, die 681 Frauen und 1071 Kinder und 85 andere-Unterstützungsberechtigte hinter- lassen haben.

Londons neue Untergrundbahn.

Folworth-Surbiton, im August 1900.

Am 30. Juli wurde unter großer Sympathie der ganzen Londoner Bevölkerung die neue elektrische Central-Untergrund- bahn eröffnet. Diese Bahn, zur Entlastung des Straßenver- kehrs bestimmt, zieht sich in einer Tiefe von circa 25 Meter (größte Tiefe 96 Fuß, niedrigste 65 Fuß) unter Straßen-Becken, etwas über 14 deutsche Meilen in großer Linie von der West of England zur Stephens-Buff-Station unter einer der Haupt- verkehrsaderen Londons entlang; durch 18 Stationen kann sie Passagiere aufnehmen. Diese werden, wie sie es belieben, auf Treppen oder auf Fahrstühlen nach unten und oben befördert.

Die Bahnanlage befindet sich in zwei nebeneinander liegenden Tunneln, welche jeder nur eine Richtung aufnehmen und in der Fahrtrichtung etwas Gefälle hat; dadurch wird ganz bedeutend ein Betriebskraft gespart. Die Erbauung dieser Tunnel geschah gleich dem des (sich früher in diesem Blatte beschriebenen) Waldwell-Tunnels. Nämlich der Ausbau der Erde und die Anfertigung der Tunnelwände aus Zementbeton wurde in den Räumen eines mit gepreßter Luft angefüllten, sich ständig vorchiebenden Schildes vorgenommen. Während nun die Tunnelstrecken, welche einen Durchmesser von 11 Fuß 6 Zoll haben, in ihrer Ansicht den röhrenbeton-Guß aufweisen, sind die Stationsanlagen in der denkbar saubersten Arbeit in weißen Glasteinen ausgeführt. Die Glasteine sind in der denkbar dichtesten Weise zusammen gefügt, man sieht fast keine Fugen zum Unterschied vom Waldwell-Tunnel, der auch mit weißen Glasteinen verkleidet ist, die Fugenröße aber 3-5 Millimeter beträgt.

Der Betrieb wird von 5 1/2 Uhr Morgens bis 12 1/2 Uhr Nachts aufrecht erhalten. Nach jeder Richtung verkehren alle zwei Minuten Züge von sieben sehr langen Wagen, die in der Mitte einen Gangabgang haben. Alle Wagen sind gleichmäßig und in ihrer sonstigen Einrichtung ähnlich der deutschen 1. und 2. Klasse-Wagen. Die großen Vorbereite der elektrischen Betriebskraft wird nur der richtig beurtheilten können, welcher zum Unterschiede in den durch Dampf betriebenen Untergrund-Bahnen London's gefahren ist. Diese letzteren werden fast durchgängig bei Neulingen oder schwächlichen Personen immer Kopfschmerzen herbeiführen, wohingegen die Fahrt in der elektrischen betriebenen Bahn ein angenehmes Gefühl hinterläßt.

Die Kosten dieser Anlage stellen sich auf 3 250 000, das ist 10 = Mk 200 auf den laufenden Zoll. Im Verhältniß hierzu ist der Verpöberungspreis ein für London außerst niedriger, nämlich für die volle oder eine halbe Meile 3 d gleich 17 s, und in der Zeit bis 8 Uhr Morgens kostet die Hin- und Rückfahrt nur 2 d. Dieses ist kaum der halbe Preis, der auf den übrigen Bahnen bezahlt werden muß. Dieser niedrige Preis, in Verbindung mit der Bequemlichkeit, wird seine Wirkung nicht verfehlen. Am Eröffnungstage sind alleine 80 000 Personen befördert worden.

Lohnbewegungen und Streiks. Maurer.

Ausgesperrt sind resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Dufum (Schleswig-Holstein), Friedland (Mecklenburg), Danzig, Elbing, (Prowing Preußen), Kassel (Prowing Hessen), Dortmund, Herford (Westfalen), Essen (Ruhr), Duisburg.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Vattrodt, Henne und Schürmer in Weichersode, Van „Karlsbütte“ in Rendsburg, Konow in Boizenburg (Elbe), Jucker- und Pulverfabrik in Schulan, Fahr & Söhne in Ruhroret, Fröhner in Albershof, Besqual, Lorenz Schmarz I und Maschetti in Nieder-Ölm, Wurm, Wilhelm & Karl Gänig in Reppen, Witt in Broomberg, S. Krohn, E. Wähling, G. Gädgens, D. Preuß, J. Vargmann, W. Timm, J. Bornholt, G. Witt, G. Fischer und P. Volken in Vornstedt, Wiehage in Schwedt a. d. O., Scheel, Heeds, Gärten, Willhöft, Martini, Günrich Schacht in Bargeheide, Otto Jungst in Düsseldorf-Reichholz, Bau Untergärt in Dortmund, Bau der Kalksandstein-Fabrik in Niederlehne bei Königs-Wasserhausen, Fritsch in Mülheim (Ruhr), Paul Wittern und Ferd. Hoffmann in Ahrensbüsch, D. Lehmann aus Altheidenborn in Holtmann, Westphal in Weunshaupten (Medlab), Wilkens & Wöhlert, Dahl, R. Böhning (Stelbauarbeiten) in Hamburg, Lappe in Franzburg, Petersdorf in Neudamm, Fuhrmann in Friedrichshagen (Neubau Springenberg bei Eriener), Bau Hinzpeter-Samburg in Stettin, Popp in Reichenbach i. W.

Zugung ist weiter fern zu halten wegen Streiks der Bauarbeiter von Schleswig und wegen großer Arbeitslosigkeit von Halle a. d. S., Kottbus, Bremerhaven-Seehe-Geestemünde, Eberswalde, Magdeburg, Hamburg, Stettin und Dresden.

Der Streik in Frankfurt a. d. O. mußte am Sonntag für aufgehoben erklärt werden. In der letzten Woche war die Zahl der Streikbrecher auf 102 angewachsen, darunter 80 Ungarn; auch 8 Berliner Altkontraktanten waren in der letzten Woche noch für nötig befunden, zu Streikbrechern in Frankfurt zu werden. Die nach auswärts arbeitenden Frankfurter Kollegen werden dringend ersucht, noch nicht zurückzukehren. Es ist sehr unangenehm, daß sie zur Zeit ihrer Arbeit erhalten.

Der Streik in Gießen ist gleichfalls beendet. Die Forderung des Zuguges ist demnach noch vorhanden.

In Dortmund, Dorfeld, Elbing und Eberne ist es am Freitag zur Arbeitsüberleitung gekommen. Die Mitglieder des „Arbeiter“ Verbandes haben sich mit unseren Verbandskollegen solidarisch erklärt. Gefordert werden 10stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn.

Der Streik in Duisburg steht für die Ausständigen sehr günstig. Es haben sich jetzt 612 Maurer die Arbeit niedergelagt. Von diesen sind annähernd 400 abgereist, über 70 arbeiten bei 11 Unternehmern zu den neuen Bedingungen, während etwas über 60 Streikende noch zu unterstützen sind. Arbeitswillige sind nur sehr wenige zu beobachten, auch ist der Zugang von außerhalb nur gering, obgleich die Unternehmer in vielen auswärtigen Zeitungen Maurer suchen. Das Verhalten der unteren Parteiorgane, welches in den ersten Tagen des Streiks ein völlig neutrales war, ist jetzt in das Gegenteil umgeschlagen. Die Streikleitung hat bereits Veranlassung nehmen müssen, sich diesbezüglich an die oberen Instanzen zu wenden, damit Abhilfe

geschaffen wird. Die Unternehmervereinigung, welche anfangs auf die Eingaben der Lohnkommission gar nicht antwortete, soll jetzt beschloffen haben, die Forderungen der Gesellen als unbedingt abzulehnen. Natürlich, unbedeutend sind ja nach Ansicht dieser Herren alle Forderungen der Gesellen. Sie werden aber wohl in nicht mehr allzuerner Zeit zu der Einsicht gebracht werden, daß es nicht-wohlgehehen ist, sich einfach über die Wünsche der Gesellen hinwegzusetzen. Wenn sie des Glaubens sind, die Streikenden würden wegen mangelnder Unterstützung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen, so wird ihnen die Erfahrung lehren, daß sie sich gewaltig verrechnet haben.

Der Stand des Streiks in Essen ist nach wie vor für die Gesellen ein günstiger. Der Zugang war nur unbedeutend und konnte außerhalb des Streikgebiets in Arbeit gebracht werden. Ein Versuch des Unternehmers Fröh, aus Gütta-Maurer für einen Stundenlohn von 48 s heranzuziehen, blieb erfolglos. Dafür hat er aber vier hundertjährige Kollegen erhalten, welchen er einen Stundenlohn von 40 s zahlt. Für die fehlenden 8 s erhalten diese „Arbeitswilligen“ freies Logis auf dem Hausboden über einem Pferdestall. Der Herr Fröh macht dabei ein ganz nettes Gesicht, denn er bezieht für diese aller Menschlichkeit Hohn sprechende nächtliche Lagerstätte die folgende Summe von 88 s täglich, oder auf das Jahr berechnet Mk 1068,24, eine Summe, groß genug, um dafür eine Villa bewohnen zu können. Einigen anderen der Herren Unternehmer geht es allerdings nicht so gut. Infolge Bankrotts eines Essener Baugeschäfts ist ihre Existenz untergraben, denn nun heißt es, die auf diese Bank gegosenen Beschele bezahle, und dazu werden sie nicht in der Lage sein. Um das Unglück voll zu machen, werden jetzt auch noch die Parlieren ostentat. Sie drohen, die Arbeit ebenfalls einzustellen, weil sie mit den Arbeitswilligen keine gute Arbeit fertigstellen können. Daß der Unternehmer das Feuer unter den Mägeln brennt, steht auf dem Fuß. Daher kommt es denn auch wohl, daß sie sich jetzt nach fluchtunfähigen Streik, endlich dazu bequemt haben, eine Kommission von sieben Mann zu wählen, die mit der Streikkommission in Unterhandlung treten soll. Die Entscheidung steht also nahe bevor, möge sie für unsere Kollegen den Erfolg gekrönt sein.

Die Unternehmer in Herford wollen bekanntlich ihren heimischen Gesellen einen Stundenlohn von 41 s nicht bewilligen, weshalb sich diese schon 11 Wochen im Streik befinden. Daß das Geschäft aber einen weit höheren Lohn tragen kann, beweist am besten die Tatsache, daß sie verlustig haben, aus Osnabrück Arbeiter zu einem Stundenlohn von 66 s heranzuziehen. Zu ihrem größten Bedauern ist aber auch dieser Versuch, wie schon mehrere andere, ebenfalls fehlergeschlagen.

Aus Kassel wird uns geschrieben: Nachdem wir uns nun schon in der siebenten Woche im Streik befinden, wird die Sache für die Unternehmer immer kritischer. Auf fast alle Neubauten ruht die Arbeit vollständig, oder auch auf den kurz vor dem Streik in Angriff genommenen neuen Fabrikanlagen ruht die Arbeit, und diese drängt gerade am meisten. Diese Arbeiter wären den bisherigen Unternehmern schon längst abgenommen und anderen übertragen worden, wenn wir diesen neuen Unternehmern Leute, selbstverständlich zu den neuen Bedingungen, zur Verfügung gestellt hätten. Aber damit hätten wir den so äußerst günstig liegenden Streik womöglich verhindern können und haben müssen wir dann auch solche an uns gestellten Anforderungen ablehnen. Genau so, wie in den voraus gegangenen Wochen haben auch die Unternehmer wieder in der letzten Woche die größten Anstrengungen gemacht, auswärtige Arbeitskräfte, und zwar aus weiter Ferne, nach hier zu holen, besonders war es der schon einmal hiesigenfallene Hofmalermeister Schöber, der durch einen Sohn vorher bei ihm beschäftigt gewesen in Baden den Versuch machte, Leute anzuwerben. Nach achtzigstündiger Hin- und Herreise war diesem Manne dann auch möglich geworden, in Freiburg i. B. und Karlsruhe 3 Mann zusammen zu bekommen, die unter dem Vorwande, daß hier nicht getreift würde, dann auch die Reise nach Kassel antreten. Unter größter Vorsicht wurden die Leute befristet, unter Bedeckung eines Gendarmen wurden sie zu zwei Stationen vor Kassel ausgelassen, aber trotz alledem gerieten sie in unsere Finger und reisten dann auch anderen Tags wieder in ihre Heimat zurück. Weitere Versuche, Leute nach hier zu holen, wollen die Unternehmer nun aufgeben, da sie doch jedes Mal erfolglos gemein sind, und sieht deshalb auch zu hoffen, daß die Unternehmer ihr vergebliches Bemühen, uns unterzutreiben, einstellen, und aus diesem Grunde der ganzen Sache bald ein Ende machen.

Verichtigung. In dem Bericht von der vorigen Woche ist ein Fehler. Die zugereichten Bayern haben nicht 4,50, sondern sie haben außer dem Fahr- und Befehlslohn noch hier nochmals 4,50 in Waar auszubezahlt bekommen, als Vergütung für die Rückfahrt und entgangenen Lohn.

Der „Bauweiser“ Gramberg aus Altona, der sich zum Retter der Unternehmerstadt in Dufum aufgeschwungen hatte, indem er den Versuch machte, aus Hamburg-Altona Hilfskräfte heranzuziehen, hat schließlich Fiasko gemacht. Alle seine Versuche, die Summe Meister aus ihrer jämmerlichen Noth, in die sie sich durch ihre Halsstarrigkeit selbst gebracht, zu befreien, sind erfolglos geblieben. Obgleich er den Kollegen goldene Berge versprochen und obgleich die Arbeitslosigkeit in Hamburg-Altona eine große ist, ist kein einziger Kollege auf den Baum gegangen. Daß die Unternehmer angezogen dieser ihrer Lage noch den Muth finden, sich bei einer Konventionalstrafe von Mk 500 zu verpflichten, die Forderungen der Gesellen nicht zu bewilligen, wie sie dies in der letzten Woche in einer Verammlung gethan haben, ist wirklich demüthnend. Ihr herzoglicher Entschluß wird aber doch schließlich an der Eintigkeit der Streikenden elend Schiffbruch leiden.

In Schleswig sind die Maurer infolge des Bauarbeiterstreiks ausständig. Sie haben beschloffen, auf keinen Fall mit arbeitswilligen Bauarbeitern zusammen zu arbeiten, bezw. sich das Material von Streikbrechern und Lehrlingen zutragen zu lassen. Leider haben sich 12 Maurer, die bis dahin auch im Verband waren, dem Beschlusse nicht gefügt. Direkt am Ausstand befristet waren in der berlossenen Woche 41 Kollegen, während 16 bei zwölf Unternehmern arbeiten, die die Forderung der Arbeiter bewilligt haben, und 24 abgereist sind.

Die Sperre über das Baugeschäft Fuhrmann in Friedrichshagen, Bau Springenberg bei Eriener, besteht nach wie vor. Zwar ist es Fuhrmann gelungen, mit einer Kolonne Berliner Altkontraktanten den Bau zu beenden, aber diese wird die Arbeit allein nicht bewältigen können. Verbandsmitglieder werden also den Bau mitgehen.

In Eremberg befinden sich unsere Kollegen mit dem Unternehmer Mittag in Differenzen. M. hat sämtlichen

Maurern gekündigt, weil sie nicht in 5 a d e m h i für 26 s pro Stunde und elf Stunden arbeiten wollen; die Maurer fordern 40 s. Haldeimittig liegt drei Stunden von Eremberg entfernt. Mittag hat sich eine Kolonne Gedenken kommen lassen und will noch mehr von diesen Leuten kommen lassen. Die Gedenken erhalten 40 s Stundenlohn, auch dürfen sie ihre gewohnte halblange Pfeife bei der Arbeit rauchen, während die Eremberger nicht mal eine Zigarre rauchen sollen. Die Kollegen bitten um Fernhaltung des Zuguges.

In Neudamm scheint die Geschichte mit der Sperre über die Arbeiten des Petersdorf allein doch noch nicht erledigt zu sein. Neuerdings sind 15 Arbeiter als Streikbrecher herangezogen worden. Aus der uns gewordenen Mitteilung geht allerdings nicht hervor, ob alle Unternehmer oder nur Petersdorf sich ihren Geldbeutel noch mehr erlöstet haben.

Der Scharsmacher Hertog in Danzig, ein gelehriger Schüler des Antel Pfeils, sonst aber ein herzlich unbedeutender Mensch, hat mit seinem über Geschwätz von Gewalt- oder Machtstreik, wodurch nur die sozialdemokratische Propaganda gefördert werden sollte, einen Erfolg gehabt. Ein Arbeiter, Werner heißt er, hatte die Forderung der Gesellen durch Namensunterzeichnung anerkannt, wodurch es ihm möglich wurde, seine Bauten mit Maurern besetzen zu können. Aus dem Saulus ist infolge der Hezerei des Herzog ein Paulus geworden, im umgekehrten Sinne natürlich. Nach dem her-abstumpften Muth des Oberhauptschmachers Summ ließ er an die Waiskinder einen Ukas anheften folgenden Inhalts:

Ich bin davon überzeugt worden, daß die sogenannte Lohnkommission der ausständigen Maurer weder ein gesetzliches Vertretungsrecht besitzt, noch irgend welchen anderen Zweck als die Kraftprobe zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebung verfolgt, bei Vollziehung der letzteren ihrer Lohnkommission vor mir schriftlich gegebener Zusicherung bestand ich mich in einem Irrthum, den ich a u f r i c h t i g bebauere, der jetzt völlig aufgeklärt ist. Infolge dieser meiner Enttäuung gleiche ich meine schriftlichen Zugeständnisse vom 10. v. M. zurück. Wer von den bei mir zur Zeit beschäftigten Maurergesellen unter diesen neuen Verhältnissen die Arbeit nicht fortsetzen will, kann sofort seine Entlassung erhalten.

Dieses Schriftstück zeigt den Mann in seiner vollen Größe. Ob er wohl bedacht hat, daß er sich dadurch selbst faktisch, als er sich diesen Ukas in die Feder diktieren ließ? Und dabei wagen es die Herren immer noch dem Kontraktbrecher der Arbeiter zu reben. Einen Einfluß auf den Streik selbst hat dieser Vorgang nicht ausgeübt, es sind höchstens ein Dutzend Streikende dadurch mehr geworden, und diese werden die Stoffe nicht allzu sehr belasten. Möglich aber ist es, daß nach Beendigung des Streiks noch mit Werner besonders abgerechnet wird.

Die Polizei hatte einige Verhaftungen vorgenommen, und die Unternehmerrasse beklundete dies Ereigniß mit aufrichtigem Jubel. Besonders stark befaßt sollte der-Maurer-Schmiede sein, und Genußigung demerke Schmidt: Schmiede sitzt in Haft. Es war aber nichts mit der Freude. Am Sonntag wurde Schmidt verhaftet und am Dienstag wieder entlassen. Schmidt berichtete darüber in der Berksammlung: Nachdem ich auf dem Kriminalbureau mehrere Schimpfreden auf die Streikenden entgegengewonnen hatte, hörte ich aus dem Munde des Kriminalinspektors, daß der Kerl hierbleiben solle. Am Montag wurde ich nach dem Strafgefängniß-Regularen überführt, nochmals vernommen und am anderen Tage entlassen. Verschuldigt hatte man Schmiede, er solle „Arbeitswillige“ mit Androhung von Gewalt und unter Bedrohung mit dem Verbrechen des Vobstschlages von der Arbeit abgehalten haben. So sagt der Maurer Schwan aus, Schmiede habe ihm einen Revolver vor die Brust gehalten und ihm auch einen Dolch gezeigt, mit dem Hinweis, daß er — Schwan und die Anderen, die den Streik nicht mitmachen, todtgeschlagen werden sollten. Die Anzeige behauptet ferner, daß Schmiede unbesigt in einem Neubau eingedrungen sei, dort zur Niederlegung der Arbeit aufgezeigt und sich so des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht habe. Diese Schwanmer hat der Maurer Schwan dem Zeugnisschmied geistig aufgebunden oder sonst hat Schmidt sie sich aus den Fingern gezogen. Denn wenn Schwan es der Polizei oder dem Untersuchungsrichter hätte glaubhaft machen können, daß er in vorstehender Weise von Schmiede bedroht worden wäre, dann hätte man letzteren wohlverwahrt hinter den Gittern behalten.

Stuttgarter.

Die Sperre über die Stadtschäfte Bindeauf, Hermanns und Pratorius in Krefeld ist noch immer nicht aufgehoben. Die genannten Firmen bemühen sich, den auswärts Arbeiter heranzuziehen. Es wird deshalb dringend ersucht, auf die diesbezüglichen Annoncen nicht einzugehen und den Zugang fern zu halten.

Der Streik der Berliner Fliesenleger ist beendet. Beide Parteien hatten das Gewergericht als Einigungsamt angerufen, das sich am Mittwoch mit der Angelegenheit beschäftigte. Nach mehrstündigen Verhandlungen unterbreitete das Einigungsamt den Parteien einen Vorschlag, der im Wesentlichen darin besteht:

1. Der Stundenlohn beträgt bei neunstündiger Arbeitszeit für die Arbeiter, welche als Fliesenleger thätig sind, durchschnittlich: im ersten Jahre 70 s pro Stunde, im zweiten Jahre 72 s, vom dritten Jahre ab 75 s. Vom 1. April 1901 erhalten diejenigen, welche mindestens sechs Jahre als Fliesenleger thätig sind, einen Stundenlohn von 77 s.

2. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr Morgens und dauert bis 6 Uhr Abends. Pausen sind a) von 9 bis 9 1/2 Uhr Vormittags, b) von 12 bis 1 1/2 Uhr Mittags, c) von 4 bis 4 1/2 Uhr Nachmittags.

3. An den Sommerenden wird eine Stunde früher als gewöhnlich, an den Winterenden vor den hohen Feiertagen (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) zwei Stunden früher als unter 2. festgesetzt ist, die Arbeit beendet, jedoch ohne Lohnabzug.

Für den Fall, daß die Arbeiternehmer, sich ihren Lohn aus den Geschäftsräumen abholen müssen, haben sie an den Tagen vor den hohen Feiertagen Anspruch, drei Stunden vor dem üblichen Schluß der Arbeitszeit Feierabend — auch hier ohne Lohnabzug — zu machen.

Für Arbeiten außerhalb des abgegrenzten Berliner Bezirks sollen Zuschläge gezahlt werden, die außerhalb des Vororts-berkehrs pro Tag Mk 2,75, und wenn Kost und Logis gewährt werden, 60 s betragen. Für Überstunden sollen 25 Pct. und

für Nacht- und Sonntagsarbeiten 100 pSt. Zuschlag bezahlt werden. Zur Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Streitigkeiten wird eine Kommission von vier Arbeitern und vier Unternehmern unter dem Vorsitz eines Gewerichters, eingesetzt. Darüber hinaus soll das Einigungsamt angerufen werden. Der Vergleich ist gültig bis zum 1. Oktober 1901 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf eine Kündigung erfolgt.

Die Hülfsarbeiter haben in einer stark besuchten Versammlung mit knapper Majorität den Einigungsborfchlag angenommen. Damit sind aber die Differenzen noch nicht endgültig beigelegt. Die ausländigen Hülfsarbeiter haben dem Einigungsamt gleichfalls ihre Forderungen unterbreitet, wurden aber bei den Verhandlungen ausgeschlossen und eine Verständigung ist in dieser Sache noch nicht erzielt worden. Da den Hülfsarbeitern seitens der Hülfsleiter die Unterstützung zugesichert ist und insbesondere das Zusammenarbeiten mit Streikbrechern abgelehnt werden wird, so ist die Wiedereinnahme der Arbeit in dessen Umfang und die gänzliche Beendigung der Lohnbewegung kaum zu erwarten.

* Die Leipzig'ger Steinseher haben einen Erfolg zu verzeichnen; sie haben den Einigungsborfchlag freigelegt. Der stellvertretende Diermeister hat sich gezwungen gefühlt, die Forderungen der Ausständigen anzuerkennen. Diesen Erfolg haben die Ausständigen hauptsächlich der in der letzten Zeit angewandten Taktik zu danken, daß sie ihnen angebotene Privatarbeit ablehnten.

* Die Ausperrung der Ziegeleiarbeiter in Lehnin ist von den Arbeitern nach sechswochigen, mühseligen Kämpfen abgewehrt worden. Die vorgeschützte Ursache der brutalen Unternehmernmehrfach war ein partieller Streik in einer Ziegelei um höhere Löhne, an dem 40 Arbeiter beteiligt waren. Daraufhin erfolgte die Ausperrung von 500 Ziegeleiarbeitern aus allen Ziegeln der Umgegend Lehnins. Den Arbeitern wurde zugemutet, eine Stunde länger zu arbeiten und aus dem Verband der Fabrik- und Hülfsarbeiter auszutreten. Da es den Ausgesterrten gelang, Arbeitswillige zurückzuführen, mußten die Ziegeleiseher ihre Forderungen fallen lassen. Sie verpflichteten sich, keinerlei Abzüge und Maßregelungen vorzunehmen, sowie den Verband anzuerkennen.

Der Streik der Müllener Zimmerer mußte erfolglos beendet werden.

* Der Streik der Müllener Fischer wird mit ganzer Macht weiter geführt. Die Unternehmer führen sich noch fälschlich an, was aus folgenden, an die Streikkommission gelangten „Einigungsbedingungen“ der Meister hervorgeht: Im Einklang mit den Beschäftigten der vorausgegangenen Meisterversammlungen beantragen wir Schreiben vom 12. August, um Sie in Ihren für Donnerstag angeknüpften Maßnahmen nicht zu behindern, schon heute dahin, daß wir zwar eine Einigung gleich Ihnen wünschen, daß diese aber nur auf der Basis der Vereinfachung auf alle Ihre Forderungen und der Anerkennung einer eben in der Ausarbeitung begriffenen Arbeitsordnung erfolgen kann. — Das ist die Einigung des Herrn mit dem Klub.

* Der Ausstand der Werftarbeiter in Hamburg hat noch größere Dimensionen angenommen. Die beschäftigten gewesenen Metallarbeiter sind so ziemlich alle ausgeperrt. Nun folgen die Holzarbeiter. Eine von dem Vorstände des Gewerkevereins angebotene Vermittlung hat der Verband der Eisenindustriellen in gewohnter Profligkeit abgelehnt.

* Ein größerer Streik der Lederarbeiter steht in Mainz bevor. — Die 400 Militäreffektensattler befinden sich in Berlin im Streik. — Die Dachdecker streiken in Hannover. — In Jena befinden sich die Glaser im Streik. — Die Kistenmacher Berlins befinden sich im Ausstand zwecks Einführung eines einheitlichen Tarifs. — Die Glasarbeiter haben an mehreren Orten langwierige Kämpfe zu führen. — In München sind seit längerer Zeit die Konfektionsarbeiter ausgeperrt. — Die Tabakarbeiter befinden sich seit mehreren Wochen in Finsterwalde im Ausstande.

Aus unserer Bewegung.

(Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschriften. Wird ein großer Bogen Papier benutzt, so soll man ihn nicht blos durchbrechen, sondern gleich auseinander schneiden, weil sonst gewöhnlich über die Bruststelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachträgliche Trennung unmöglich wird. Bericht, die dieser Vorbericht nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.)

Am 5. August tagte in Norden im Bargmann'schen Lokale eine Konferenz der ostfriesischen Zählstellen. Vertreter waren Aurich, Borkum, Emden, Norddeich, Norden. Der glänzte wieder wie im vorigen Jahre durch Abwesenheit; die dortigen Kollegen glauben gewiß, daß ihre Angelegenheit im Schooße des Gesellenauschusses gut aufgehoben ist, und daß sie sich um die Vorgänge in der weiteren Gemeindefürsorge kümmern brauchen. — Die Abrechnung vom Agitationsfonds ergab eine Einnahme (inkl. Bestand) von M. 81,90, Ausgabe M. 82,65, Bestand M. 49,25. Die Rechnung wurde für richtig befunden. Den Bericht über die Agitation erstattete Kollege Albert Hoffmann. Darnach haben zwei Streikzählstellen und eine neue Zählstelle (Vortum) ist hinzu gekommen. Die Delegierten von Norddeich klagten darüber, daß ihr Streik hauptsächlich wegen ungenügender Unterstützung seitens des Hauptverbandes verloren gegangen sei; derselbe habe sie im Stich gelassen. Ebenfalls führten die Emdener Delegierten Klage, daß sie nicht zeitig genug unterstützt worden wären, trotzdem aber ihren Kampf siegreich durchgeführt hätten. Die Gründung der Zählstelle auf Borkum hat große Mühe und Arbeit verursacht, weil die dort ansässigen Kollegen uns vollständig interresslos gegenüberstanden. Hoffentlich kommen die der Zählstelle noch fernstehenden auch bald zur Einsicht, daß sie in den Klammern-Bereinen ihre Interessen nicht vertreten können. Von den Delegierten von Norden und Norddeich wurde berichtet, daß sie gewillt wären, mit einer Forderung an die Meister heranzutreten. Außerdem wurde von sämtlichen Delegierten bekräftigt, daß wir bestreben sollten, für Ostfriesland einen eigenen Agitationsbezirk zu errichten. Die Delegierten wollen dem Vertrauensmann Bericht erstatten, wie sich die einzelnen Zählstellen dazu stellen, damit derselbe die nötigen

Schritte unternehmen kann. Außerdem wurden dem Vertrauensmann vorläufig zwei Mann als Verwalter zur Seite gestellt. In nächster Zeit soll eine rege Hausagitation in sämtlichen Zählstellen betrieben werden.

Am 5. August fand in Warden im Gewerkschaftshause eine öffentliche Mauererversammlung statt, in der recht viele Teilnehmer erschienen, daß der bestellte Referent, Kollege Tönnies, nicht erschienen war, um so mehr, da dieser Fall schon einmal zu verzeichnen war. Kollege Tönnies wird wohl durch unaufrichtbare Arbeiten im Streikgebiet Dortmund-Duisburg-Essen abgehalten worden sein, und müssen die Kollegen in Warden deshalb wohl die Abwesenheit des Referenten entschuldigen. Die Debatte.) Ueber die Lage am Orte referierte Johann Kollege Derlings, gleichzeitig den Kollegen Mülle zusprechend zum Ausdrücken in der Organisation. Viele Kollegen sind gar zu ängstlich und bescheiden ihre Entlassungen wenn sie irgendwo auf den Bauteil für die Organisation eintraten würden. Das muß natürlich anders werden. Jedes Werbungsmitglied muß in ruhiger aber bestimmter Weise für die Organisation agitieren, überall wo es mit Kollegen zusammentrifft.

In Frankfurt (Hofen) wurde im vorigen Monat eine Zählstelle unseres Verbandes gegründet, der von etwa 100 in Betracht kommenden Kollegen (Juni 70 als Mitglieder beigetreten sind. Bevollmächtigter ist Kollege Gittai und Kassierer Paul Hans. Nach der ersten Versammlung bot die Polizei Alles auf, die ferneren Versammlungen der Mauerer zu verhindern, indem sie ihnen die Lokale abzutreiben suchte. Jedoch war dies Bemühen umsonst. Am 9. August fand wiederum eine ziemlich gut besuchte Versammlung im Lokale des Herrn Otto Schmidt statt. Kollege Krause-Dreslau besprach die wirtschaftliche Lage der Mauerer und den Zweck und Nutzen der Organisation. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an und wurde mit einem Hoch auf das Wohl und Gedeihen der Zählstelle geschlossen.

Eine Orts-Mitgliederversammlung der Zählstelle Hamburg fand am 18. August in Tülsge's Etablissement statt, um Stellung zu nehmen zu der Arbeitseinstellung bei dem Unternehmer Hoff. Die 34 dort beschäftigten Kollegen hatten am Freitag, den 10. d. M., einmütig die Arbeit eingestellt, da der Wandelegierte, Kollege Meyer, plötzlich entlassen worden war. Meyer arbeitete schon mehrere Jahre zur vollsten Zufriedenheit bei der Firma Hoff; aber als er sich von seinen Kollegen hatte als Wandelegierter wählen lassen und nun eilig bemittelt war, gemeinsam mit den übrigen Kollegen die schon längere Zeit an der Arbeitsstätte ausgeführte Lebensunterarbeit zu beenden, die von einzelnen Kollegen Morgens und Abends ausgeführt wurde, traf ihn sofort die Strafe der Entlassung. Diese Maßregelung gab den übrigen Kollegen Veranlassung, ebenfalls sofort die Arbeit einzustellen. Der Bevollmächtigte führte weiter aus, daß anfänglich alle Versuche, die Differenzen zu beilegen, erfolglos blieben. Eine gewählte Kommission von drei Personen wurde in nicht befriedigender Weise von dem Unternehmer empfangen und mußte die Verhandlung resultatlos aufgeben. Der Unternehmer sei auch sonst geneigt bei den Hamburger Mauerern bekannt, ebenso der Kassierer, ein Meister des Unternehmens, so daß eine sachliche Verhandlung vollständig ausgeschlossen schien. Doch die Sachlage habe sich bald geändert. Als am Sonnabend, den 11., der gewöhnliche Ertrag ausgeblieben, habe am Montag schon der Unternehmer sich bereit erklärt, mit der Verwaltung zu unterhandeln. Eine Einigung, sei denn auch bald erzielt worden. Meiner erwähnt ferner das große Polizeiaufgebot an der Arbeitsstätte in der Grüngrabenstraße und beim Comptoir des Unternehmers, ohne daß der Unternehmer um diese Nummerstempel nachgehakt haben soll. Auch hier soll wieder die „Hausgewerksinnung“ in ihrem Ueberreifer interveniert haben, ohne dazu aufgefordert zu sein; sogar soll nach den Beobachtungen der Kollegen es an agents provocateurs nicht gefehlt haben. Es habe sich besonders hier gezeigt, wenn die Kollegen einmütig zu handeln wüßten, daß der „Hausgewerksinnung“, die sonst mit hysterischer Eiferheit arbeitet, das Handwerk gelegt werden kann. — Nach längerer Debatte wird auf Antrag des Kollegen Wallfuss noch beschlossen, den Kollegen eine Entschädigung zu gewähren. — Im Monat Juli war für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 2856,95 zu verzeichnen. Die Postkassette hatte eine Einnahme von M. 774,95 und eine Ausgabe von M. 489,80, so daß ein Kassenbestand von M. 285,15 verbleibt. — Der Vorbericht machte dann die Vorstandsmitglieder von „Klub der arbeitswilligen Mauerer“, dem Klub „Humanität“, bekannt, Vorkämpfer ist Julius Koch, Kassierer Ebert und Schriftführer Ruyfch. Das vollständige Mitgliederverzeichnis des Klubs, welches sich im Besitz des Bevollmächtigten befindet, soll nächstens als Beilage beim „Grundstein“ jedem Mitgliede zugeteilt werden. — Eine lebhafteste Debatte entfiel über die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit in Hamburg. Alle Meiner sind darin einig, daß im Verhältnis zur Jahreszeit die Arbeitslosigkeit nur eine geringe ist. Eine große Anzahl Kollegen liegt Wochen lang auf der Straße, ohne daß es möglich ist, Arbeit zu finden. Da das übrige Deutschland offenbar nicht weiß, daß in Hamburg eine solche Konjunktur herrscht, ist der Bezug gegen die Vorjahre nicht zurückgegangen, sondern hat eher zugenommen. — Es sei dies erklärlich: der projektirte Zentralbahnhofs geht dazu Veranlassung, obgleich in diesem Jahre nur Erarbeiten in Betracht kämen und noch kein Stein vom Zentralbahnhofs bewahrt wurde. Es könne fast im übrigen Deutschland von einem Hamburger Zentralbahnhofsbesitzer die Rede sein, denn bereits im vorigen Jahre sei eine große Anzahl Kollegen nach Hamburg gekommen, um am Zentralbahnhofs mitzuwirken. Die Hamburger Kollegen beständigen durcheinand nicht, den Bezug auswärtiger Kollegen von Hamburg fern zu halten, sie bestrachten es aber als ihre höchste Pflicht, das übrige Deutschland darüber aufzuklären, denn schon mancher Kollege ist nach Hamburg gekommen, um hier lohnbere Beschäftigung zu finden und hat gar bald hinter enttäuscht mit leerem Portemonnaie wieder heimzugehen müssen. Die wenigen Mittel sind bald bezehrt, und schon Mangel ist mittellos hier in Hamburg in Salamität gerathen. Deswegen sei es von Interesse, das übrige Deutschland über die Lage in Hamburg aufzuklären, damit nicht durch gewaltigen Bezug die Arbeitslosigkeit noch erhöht werde.

Die Zählstelle Hammer hielt am Sonntag, den 5. August, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche nur sehr schwach besucht war. Es scheint, als ob den Kollegen der Sonntag nach dem Ersten eines jeden Monats aus dem Gedächtnis gekommen ist. Für die Arbeitslosenstatistik wurden die früheren Kontrolleure wieder gewählt, die auch am selben Tage die Wähler bereit haben. Ferner wurde dem Kollegen Ferd. Grapenthin, welcher im 63. Jahre steht, der Streikfondsbeitrag erlassen. Nachdem noch zu einem regeren Versammlungsbesuch aufgefordert wurde, erfolgte Schluß der Versammlung. Am Sonntag, den 12. d. M., fand in Helmbröck zum ersten Male eine Mauererversammlung statt, zu welcher Kollege Schirch-Kulmbach als Referent erschienen war und den Kollegen in zweiwöchiger Rede den Zweck und Nutzen unseres Verbandes in klarer und deutlicher Weise auseinandersetzte. Von den erschienenen Kollegen ließen sich elf in den Verband aufnehmen, so daß eine Werbungsstelle in elf Leben gerufen werden konnte. Es ist aber ganz sicher anzunehmen, daß wenn die Kollegen alle ihre volle Pflicht thun, die anderen Kollegen auch bald der Organisation zugesetzt werden. Bei der stattgefundenen Wahl wurden folgende Kollegen zu Verwaltungsbeamten gewählt: Friedrich Wagner sen., Bevollmächtigter, Mühlbergstraße 188, Fritz Gertrich, Kassierer. Da nun sämtliche Kollegen mit dieser Wahl einverstanden waren, schloß Kollege Schirch die gut abgelaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die neu gegründete Zählstelle.

Auf Veranlassung des Vertrauensmannes der Mauerer in Nürnberg wurde am Sonntag, 12. d. M., eine öffentliche Mauererversammlung einberufen worden, mit der Tagesordnung: Die Lage im Baugewerbe; Zweck und Nutzen der Organisation in der Einmündung eines Lokales sollte die Versammlung in dem Hofraum des Herrn Gustav Mann stattfinden. Ueber den Mensch denkt und die schätsche Polizei lenkt. Schon bei der Besichtigung seitens der Ortsbehörde und der Polizei wurden Anbeutungen gemacht, daß das Grundstück zu nahe an der Dorfstraße wäre, infolgedessen könnte man den Referenten dort hören. Und richtig; die Versammlung wurde von der Amtshauptmannschaft zu Annaberg verboten, mit der Begründung, das Grundstück sei nur 82 Schritte von der Dorfstraße entfernt und es gingen mehrere Fenster nach dem Hofraum, infolgedessen könnten — Minderjährige zu hören. Es geht doch nichts über schätsche Polizeibehörde.

Die Zählstelle Biffa (Hofen) hielt am 7. August ihre erste sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die Zählstelle rund 100 Mitglieder hat, wovon 80 Zimmerer sind. Kollege Krause-Dreslau referierte über Zweck und Ziel der Organisation und schloß hiermit auch die Erfolge des Verbandes. Meiner ermahnte die Kollegen, stets in der freiestmöglichen Weise miteinander zu verkehren und unangekündigt bemittelt zu sein, so für die Organisation zu wirken, daß die Unternehmer unter allen Umständen die von der Organisation aufgestellten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkennen und respektieren müßten. — Beschlüssen wurde, auf jedem größeren Bau einen Wandelegierten zu ernennen; weiter wurde beschlossen, vorläufig im „Grundstein“ jeden Sonnabend von 6—8 Uhr Abends im Vereinslokal, bei Herrn Kollat, Buchwaidstraße, zur Verteilung gelangen zu lassen, bei welcher Gelegenheit gleich die Beiträge zu bezahlen sind. Diese Einrichtung soll eine provisorische sein, und werden die Mitglieder dringend ersucht, die Abholung des „Grundstein“ nicht zu verabsäumen. — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer und auf das Wohl und Gedeihen der Zählstelle Biffa wurde die Versammlung geschlossen.

Am Dienstag, den 14. August, hielt die Zählstelle Mainz eine außerordentliche Versammlung ab. Kollege Jenemann erstattete Bericht über die stattgefundenen Kontrolle der Wähler und Streikfondsarten. Kollege Sünder machte darauf aufmerksam, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen über vier Wochen die Wochengelder mit einem Stempel versehen werden müssen, eine einfache Eintragung mit Weißblei seitens der Zählstellen genüge nicht. Durch die Kontrolle stellte sich heraus, daß von 215 Mitgliedern 89 ihren Verpflichtungen nicht nachkommen waren. Durch Postkarten wurden 49 Kollegen in eine Vorstandsbesprechung geladen: 1. Diejenigen, welche krank waren und deren Krankheit nicht ordnungsgemäß eingetragen worden war; 2. Kollegen, die sich weigerten die Streikfondsarte herauszugeben und 3. Diejenigen, die mit ihren Streikfondsbeiträgen im Rückstand waren. In dieser Sitzung glaubten einzelne Kollegen, daß sie geladen seien, um die Verwaltung selbstigen zu können. Einige Mitglieder „erhoben“ die Verwaltung mit der gemeinsten Verleumdung. Der Aufforderung des Bevollmächtigten, sich ruhig zu verhalten, gaben die Strafer keine Folge. Die heutige Mitgliederversammlung nahm Stellung hierzu. Nach längerer Debatte, in welcher wegen der schweren Verleumdungen eine Einigung nicht herbeizuführen war, wurden in gemeinsamer Abstimmung die nachstehenden ausgedruckten: Degen, Johann (Buch-Nr. 013 642), Dämmels, Michel (Buch-Nr. 0101 607), Schild, Peter (Buch-Nr. 0101 611), Siehrwein, Georg (Buch-Nr. 0101 605), Weiberpahn, Christian (Buch-Nr. 0101 606). Der Anschlag ist auf die Dauer eines halben Jahres festgelegt. Sollten sich die Genannten in diesem Zeitraum eines Besseren besinnen, so können sie wieder aufgenommen werden, haben jedoch vom Tage des Austritts und für die Dauer des Ausschlusses Alles nachzugeben. Zum Schluß ermahnte Kollege Sünder die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß wenn sie einmal mit einem uns noch fern stehenden Kollegen an einem Bau arbeiten, die Kollegen von dem Werthe unserer Organisation überzeugt werden. Es sei ein Leichtes dieselben für unsere Sache zu gewinnen. Meiner wies auf die ungenügende hohen Summen hin, welche zu Gunsten der Kollegen in Süddeutschland vom Zentralverband herausgegeben wurden; jeder Kollege, ohne Ausnahme, sei moralisch verpflichtet, hierzu beizutragen. Meiner bürde sich von der Sammlung zum Streikfonds auszuscheiden, denn die beste Waffe gegen das Unternehmertum ist eine gefüllte Kasse. Die letzten Lohnbewegungen in unserer Umgebung bezeugen zur Genüge, daß das Unternehmertum auch die allerbedürftlichsten Forderungen als unerschwinglich ablehnt. Wollen wir also vorwärts kommen, so muß jeder Kollege es als seine Aufgabe betrachten, nach Kräften mit zu arbeiten, sei es durch Sammlungen zum Streikfonds oder durch Agitation neuer Mitglieder dem Verbands zuzuführen. Nur auf diesem Wege sei es möglich, dem Arbeitgeberbund Stand zu halten. Nach zehnwöchiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Am 12. August fand in Reichensbach i. Schle. eine Mitgliederversammlung im Kreuzmann'schen Lokale statt. Die Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Unter Berücksichtigung kam die Angelegenheit betreffs Einführung von Streikmarken zur Debatte, weil die noch junge Zählstelle bis jetzt folche noch nicht eingeführt hat. Die Kollegen zeigten bereit, seine große Liebe dazu, weil ihnen durch Einführung von Streikmarken, bei einem Stundenlohn von 27 $\frac{1}{2}$, der Beitrag zu hoch sei. Aber nach einer Ermahnung des Kassierers, erklärten sich bei der Abstimmung 82 dafür und 4 dagegen; Einige enthielten sich der

Am 12. August fand in Reichensbach i. Schle. eine Mitgliederversammlung im Kreuzmann'schen Lokale statt. Die Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Unter Berücksichtigung kam die Angelegenheit betreffs Einführung von Streikmarken zur Debatte, weil die noch junge Zählstelle bis jetzt folche noch nicht eingeführt hat. Die Kollegen zeigten bereit, seine große Liebe dazu, weil ihnen durch Einführung von Streikmarken, bei einem Stundenlohn von 27 $\frac{1}{2}$, der Beitrag zu hoch sei. Aber nach einer Ermahnung des Kassierers, erklärten sich bei der Abstimmung 82 dafür und 4 dagegen; Einige enthielten sich der

Am 12. August fand in Reichensbach i. Schle. eine Mitgliederversammlung im Kreuzmann'schen Lokale statt. Die Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Unter Berücksichtigung kam die Angelegenheit betreffs Einführung von Streikmarken zur Debatte, weil die noch junge Zählstelle bis jetzt folche noch nicht eingeführt hat. Die Kollegen zeigten bereit, seine große Liebe dazu, weil ihnen durch Einführung von Streikmarken, bei einem Stundenlohn von 27 $\frac{1}{2}$, der Beitrag zu hoch sei. Aber nach einer Ermahnung des Kassierers, erklärten sich bei der Abstimmung 82 dafür und 4 dagegen; Einige enthielten sich der

Abstimmung. Kollege Hauptfleisch gedachte noch zum Schluß des großen Kampfers Liebtredt, welcher so unerwartet aus den Reihen des kämpfenden Proletariats geschieden ist. Die Kollegen erließen das Vändeken des Verstorbenen durch Erheben von ihren Plätzen. Hierauf folgte der Beerdigung.

Am Mittwoch, den 15. August, tagte in Reichenbach i. W. eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Von der Gesamtmitgliedschaft wurde beschlossen, daß der Gesellenauschluß des Innungsmeisters die Forderung von 35 S Stundenlohn, 10 1/2 stündige Arbeitszeit und Lohnauszahlung am Sonnabend, vor-Feierabend mündlich unterbreiten soll. Von einem Kollegen wurde der Antrag gestellt, den Ausschluß des Maurerparlaments Braunschweig zu bewirken, weil derselbe einen Gesellen geprügelt hat. Der Antrag wurde angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß kein Kollege auf dem Bau des Stadtraths B o p p arbeiten solle. Am Dienstag haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt, da ihnen ein Pfennig Zulage pro Stunde nicht bewilligt wurde und weil der Sohn des Stadtraths den ganzen Tag auf dem Bauplatz steht und recht groß mit den Arbeitern ist. Einen Beschluß hat er sogar geprügelt und einen Handarbeiter rannte er mit der geballten Faust nach. Als nun die Maurer zu ihrem Unternehmer kamen, um ihre Abrechnung für die Arbeit- und Invalidenrente in Empfang zu nehmen, bekamen sie nicht die sonst üblichen gebrauchten Scheine, sondern geschriebene Zettel. Ob vielleicht die Innungskassentafel kein Geld hat, wenn die Scheine verauslagt sind, andere brüden zu lassen oder ob der geschriebene Zettel eine Art Urabdruck vorstellen soll, ist noch unbekannt. Früher kamen nur gebrauchte, gelbe Kasseinscheine zur Verwendung.

In Reichenbach fand am 6. August eine ziemlich gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege Witz-Gibberfeld referierte über die Notwendigkeit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Maurer. Es wurde den Kollegen dringend an's Herz gelegt, alle Tage gut auf dem Posten zu sein und die Organisation zu auszubauen, daß im kommenden Frühjahr mindestens die halber gestellten Forderungen durchgedrückt werden könnten. Sowohl der Lohn müßte aufgebessert und geregelt werden, als auch ganz besonders die Forderungen betreffs Bauarbeiterlohn ganz energisch durchgeführt werden. — 18 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Die Jahreshilfliche Mitgliederversammlung am 7. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des Ablebens des Genossen Liebtredt gedacht und der Bestorbenen in der üblichen Weise geehrt. Dann hielt Genosse Rankow einen interessanten Vortrag über: Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Eine Diskussion folgte über den Vortrag wurde nicht beliebt. Abhandlungen betreffende Abrechnungen erbelegte und dem Kassierer resp. dem Vertrauensmann Bedargue erstellte. Nachdem noch die Kollegen auf die Wichtigkeit der ständiger Erhebungen aufmerksam gemacht worden waren, wurde beschlossen, 100 Exemplare der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum Vertrieb zu übergeben.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Bei dem Baunternnehmer Albert trat vor etwa 2 1/2 Wochen 5 streikende junge Maurer aus Hannover in Arbeit. Der Unternehmer ist Mitglied der hiesigen Maurer- und Zimmererinnung; er brauchte notwendig die Leute, Tage lang hatte er schon infertig und Maurer wie Tagelöhner gesucht. Auf Veranlassung der Innung waren die 5 Hannoveraner wieder entlassen, weil es Streiker waren. Daß in Arbeit in Hannover die Maurer den Streik gewannen und die Arbeit wieder aufgenommen hatten, das wußte die hiesige Innung vielleicht noch nicht, kümmerte sie wohl auch nicht. Albert aber hat da Nachsehen, denn er konnte die fünf Mann nicht sofort wieder einsetzen. Die schwarzen Hosen des Baunternnehmerverbandes steigen ja in aller Welt umher, in diesem Fall trägt aber doch nur der Kleinnmeister, der Schwarzwetter Albert den Schaden. Die jungen, ledigen Maurer finden überall wieder Arbeit, denn wir haben bis jetzt keinen Unternehmern kennen gelernt, der einen Bau ohne Maurergesellen fertigstellen konnte. Der Vorgang zeigt aber auf's Neue, wie das Unternehmertum im Kampf gegen die Arbeiter von festerer Grundhaltigkeit befreit ist. Die Arbeiter sollten daraus lernen, daß sie die größte Stärke an ihrem eigenen Leibe, an ihren Kollegen und an der Standesbefreiung hegen, wenn sie nicht mindestens eben so fest zusammen halten, um ihre Interessen zu schützen. In Weimar ist es besonders notwendig, aber wollen die Kollegen in Weimar, daß die auswärtigen Kollegen mit Beratung von ihnen leben? Wer das nicht will, der gehe in den Verband.

S. F.
In der am 12. August stattgefundenen Mitgliederversammlung der Jahreshilfliche Werber wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der Kollege Sasse als Schriftführer gewählt. Der Kollege Albert Zieg wurde mit dem Ausschluß der ständigen Freistellungsformulare beauftragt. Hierauf wurden nach längerer Debatte die Kollegen F. W. Hähling und S. Thiele auf ein Jahr aus dem Verbande ausgeschlossen, weil sie sich während der Potsdamer Ausspernung große Verdienste gegen das Streikreglement zu Schulden kommen ließen. Die Kollegen Meek und Sandow sind angeschuldigt, im Akkord gemauert zu haben, doch konnte der Punkt nicht erledigt werden, und wurde die Lohnkontominuten beauftragt, die Angelegenheit genau festzustellen. Dem schwer krank darnieder liegenden Kollegen Neuenhof wurden A. 15 und einem kranken Kollegen in Wöckum (Westfalen) wurden A. 6 Unterstützung bewilligt. Der Vorkommende machte es jedem Mitgliede zur Pflicht, die Statistik regelmäßig auszufüllen. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal, welche von den Revisoren als richtig befähigt wurde.

Statutene.

Zentralarbeitsnachweis für Rheinland und Westfalen.
Werte Kollegen! In Verfolg unserer Bekanntmachung in Nr. 24 des „Grundstein“ müssen wir leider bekannt geben, daß von sämtlichen Filialen bis jetzt nur 12 sich mit uns in Verbindung gesetzt hat, sowie von außerhalb der Arbeitsnachweis in Promberg. Die Delegierten verpflichteten sich am 27. Mai in Köln durch Annahme der Resolution (siehe das Verlagsblatt von B. Klinken), für Herstellung der Verbindung Sorge tragen zu wollen. Und bis jetzt ist keine allgemeine Sitzung abgehalten. Für solche eine Nummer gibt es überhaupt keine Geschäftsbildung. Es haben sich indessen schon verschiedene Unternehmern an uns gewendet: aus Oberhausen, Detmold, Essen, und konnte verschiedenen Kollegen recht löbliche Arbeitsgelegenheiten nachgewiesen werden. Wie viel mehr könnte dies der Fall sein, wenn alle Filialen ihre Pflicht täten. Sobald sind die

Kollegen besser anzufassen, in den Städten, die sie berühren, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen oder sich wenigstens an den Filialvorstand zu wenden. Es werden ihnen dadurch manche Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Dies mögen namentlich die Elberfelder Kollegen beachten. Die Berichtskarten sind jetzt nach allen Orten versandt und erwarten wir, daß von jetzt ab regelmäßig Bericht erstattet wird über den jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes. Dann erst wird der Zentralarbeitsnachweis uns Allen von Nutzen sein können. Also, Kollegen, haltet Euer Versprechen und thut Eure Pflicht. Den schriftlichen Verkehr vermittelt der Unterzeichnete. Mit kollegialischem Gruß A. u. G. Meier, Essen a. d. Ruhr, Schwarze Meer Nr. 6.

Königsberg i. Pr. Die Versammlung am 7. August beschäftigte sich vorzugsweise mit der Arbeitslosigkeit an Orte und mit dem Arbeitsnachweis. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Vändeken des Kollegen Martlewitz, der durch Ertrinken um's Leben gekommen ist, in der üblichen Weise geehrt. Zur Tagesordnung beschloß die Versammlung, ein Buch anzulegen, in der zur Benutzung für die Kollegen sowohl wie für die Unternehmern Stellenangebote und Stellengesuche eingetragen werden sollten.

Literarisches.

Die Nr. 17 des „L'Operato Italiano“, welche mit Nr. 24 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Unsere Trauer. — Betrachtungen über den italienischen Königsmord. — Der Arbeitstag. — Bestimmungen bezüglich der Arbeitsverträge. — Ueber eine Prebit. — Fünf Millionen vaterlandslöse Menschen. — Der Arbeitgebereid und die Hofenarbeiter Hamburgs. — Wie man Millionär wird. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Wauten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 46. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Wilhelm Liebtredt. — Am Vorabend der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Von M. Meer. — Antonio Padriola und die Geistl. Von S. Gunter. (Schluß). — Die „Rehren“ des Herrn Professor Sombart. Von E. Velfort-Bag. — Städtisches zur Nationalisationsfrage. Von Konrad Haensch. — Literarisches Rundschau. F. Aurelia, Wohnungsnot und Wohnungslösung. Von C. Hugo. Krefin, Otto, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Arbeiterführer für Leipzig und Umgebung. Führer durch die Arbeiterorganisationen von Pilsen und Umgebung. Bruno Wagner, Heilandstische. — Feuilleton: Das schwedische Jährholz. Von Anton Hühner. Einzige autorisierte Uebersetzung von Wladimir Czuminow. (Vorspehung).

Im Verlage von J. S. W. Dietz Nachf. sind soeben erschienen Heft 6 und 6 des Versicherungswertes „Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie“, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Sachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Unsere kleinsten Feinde. — Der Boden und seine Verunreinigung. — Das Wasser. — Die Zusammengehörigkeit der Luft. — In Farbdarstellungen sind hergeben: Tafel III Pflanzenkrankheiten und Tafel IV Säugetierarten.

Das Werk wird in Lieferungen von je 22 Seiten à 20 S erscheinen und in 26 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbroschüre für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 S. Lieferungen 20 und 21 sind soeben erschienen und enthalten die Fortsetzung des prächtigen, kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ von Viktor Hugo (nach seinem „Nachdem Mann“). Ferner die feinsentimentlichen Szenen: „Die griechische Frau in amerikanischer Beleuchtung“, „Ein modernes Märchen vom Herrgott und den Königen“, „Dies und Jenes“ und „Wiß und Gehet“.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbroschüre für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stelle zu bereiten an Stelle der all-so vertriebenen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig theurer und schlechter ist als „In freien Stunden“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreise von M. 1,20, Verlagskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 S. Broschüre an. Man beachte es wenigstens mit einem Probe-Moment auf „In freien Stunden“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnement sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franko.

Briefkasten.

Brüder, S. R. Vielen Dank und freundlichen Gruß.
Brüder. Berichte über Festlichkeiten können wir nicht aufnehmen.
Witten, W. L. Sie brauchen sich das „Verborgene“ Ihres Sohnes an einen anderen Lehrherrn nicht gefallen zu lassen.
Borna, S. Wird in nächster Nummer berücksichtigt werden.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glasper (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 12. bis 18. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Altona A. 400, Lübeck 400, Charlottenburg 600, Friedrichshagen 200, Kiel 200, Cöpenick 250, Alt-Glückstadt 200, Scharbeutz 200, Frankfurt a. d. O. 150, Sersdorf 50. Summa M. 2850.
Zuschüsse erhielten: Dortmund M. 200, Randsuhl 150, Lutter a. Weg. 114, Alt-Marzahn 100, Feggenbach 100, Rassel 100, Schneiseweiler 100. Summa M. 864.
Altona, den 18. August 1900.
Karl Reiff, Hauptkassierer, Friedrichsbergstr. 28.

Abrechnung über den Maurerstreik in Strelitz i. M.

Einnahme.
Aus dem Zentralstreikfonds M. 2800,—
„ der Lokalkasse der am Orte befindlichen Verbandszweignetze „ 20,—
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen „ 287,—
Von dem am Orte befindlichen Gewerkschaftsleiter „ 31,75
Unbekannt „ 2,—
Summa M. 3140,75

Ausgabe.
Für Unterstützung der Streikenden M. 2958,70
„ Reiseunterstützung an streikende Kollegen, die den Ort verlassen haben. „ 81,86
„ Fernhaltung des Auges „ 1,50
„ Beschaffung und Unterstützung Inspektoren „ 5,20
„ Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien „ 11,27
„ sonstige Ausgaben (Versammlung) „ 23,75
Der Lokalkasse überwiesen „ 10,—
An die Hauptkasse zurückgezahlt „ 48,47
Summa M. 3140,75

Bilanz.
Einnahme M. 3140,75
Ausgabe „ 3140,75
Bestand M. —,—

Strelitz, den 8. Juli 1900.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
August Meier, Heinrich Krog, Rudolf Bahn,
Für die Streikkommission:
Ferdinand Schütt, Franz Drews, Carl Armuth.

Abrechnung über den Maurerstreik in Nordenham.

Einnahme.
Aus dem Zentralstreikfonds M. 272,90
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen „ 15,—
Summa M. 287,90

Ausgabe.
Für Unterstützung der Streikenden M. 285,—
„ Fernhaltung des Auges „ 2,80
„ Beschaffung zugezogener Kollegen „ 2,70
„ Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien „ 18,20
„ sonstige Ausgaben „ 4,20
Summa M. 287,90

Bilanz.
Einnahme M. 287,90
Ausgabe „ 287,90
Bestand M. —,—

Nordenham, den 20. Juni 1900.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren: Fr. Wieting, Fr. Wietingmeyer,
Für die Streikkommission:
D. Steenten, J. Wiese, A. Lange.

Abrechnung über den Maurerstreik in Briel i. M.

Einnahme.
Aus dem Zentralstreikfonds M. 350,—
Aus dem sonst noch am Orte vorhandenen Unterstützungsfonds „ 2,05
Summa M. 352,05

Ausgabe.
Für Unterstützung der Streikenden M. 339,10
„ Reiseunterstützung an streikende Kollegen, die den Ort verlassen haben „ 4,—
„ Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien „ 3,45
„ sonstige Ausgaben „ 5,50
Summa M. 352,05

Bilanz.
Einnahme M. 352,05
Ausgabe „ 352,05
Bestand M. —,—

Briel, den 29. April 1900.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
S. Witten, S. Ernst, S. Siggelkow,
Für die Streikkommission:
P. Kopte, R. Lüth, S. Siggelkow.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

„Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1869—1899“ ist fertiggestellt. Die Schrift ist circa 20 Druckbogen (304 Seiten, Protokollformal) stark, auf gutem, holzfreiem Papier gedruckt, und wird broschürt zum Preise von 50 S (Selbstkostenpreis) an die Kollegen abgegeben. Wir bitten nun wiederholt, sofort Bestellungen zu machen. Keine Zahlstelle darf mit Bestellungen zurückbleiben.

Die Broschüre „Was wir wollen!“

für die italienischen Kollegen, in ihrer Muttersprache verfasst, ist zum Selbstkostenpreise, pro Stück 10 M., von uns zu beziehen.

Die Zahlstellenverwaltungen, insbesondere in den süddeutschen Orten, wo die italienischen Kollegen in großer Zahl arbeiten, müssen es sich angelegen sein lassen, für die weitestest Verbreitung der Broschüre Sorge zu tragen. Wir bitten, umgehend Bestellungen zu machen, um mit dem Versand beginnen zu können.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Rosen, Finkenwärder, Lügen, Niemege, Rehnert, Wihom, Wislnad, Droyßig, Wäffelbort.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Werder a. d. Savel: Fr. Mahlow, (Buch-Nr. 78784), Ad. Nähring (Buch-Nr. 67784), Carl Thiede (Buch-Nr. 68980); Mainz: Chr. Wieberpahn (Buch-Nr. 0-101606), Michael Demmer (Buch-Nr. 0-101607), Georg Nerwin (Buch-Nr. 0-101608), Peter Schild (Buch-Nr. 0-101611), Johann Degen (Buch-Nr. 018642); Wittenbach a. M.: Heinrich Tischer (Buch-Nr. 091883); vom Vorstande: Fritz Wranischweiger (Buch-Nr. 021222), z. B. in Wittenbach a. M. Die wegen rüchständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: H. Frobermann (Buch-Nr. 0-108479), Wilh. Bernede (Buch-Nr. 97-203). Gestohlen sind die Bücher: Albert Weide (Buch-Nr. 62778), Karl Denau (Buch-Nr. 155684). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Aufforderung.

Die Mitglieder Jakob Wüsten und Adolf Feldhoff haben ihre Mitgliedsbücher mit einem Schuldbetrag von je M. 1,50 in der Zahlstelle Schönebeck a. d. Elbe hinterlassen. Dieselben werden hiermit aufgefodert, ihre Bücher einzufordern.

Der Vorstand.

J. M.: Th. Bömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 14. bis 20. August 1900 sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Dresden M. 800, Adm am Rhein 200, Neubrandenburg 60,50, Frankfurt 40, Lyden 28,18, Moorburg 27,20, Pinnberg 25,20, Stolp i. Pom. 22,72, Gerswalde 450, Friedeberg (Pom.) 112,41, Droyßig 51,60, Cöpenick 28,85, Friedl. i. Westf. 26,80, Döbeln 35,60, Vetschnalpe 25,90, Mügeln b. Döbeln 26,10, Wajungen 29,12, Wombach (in 2 Platen) 62,40, Bügel-Wiebelshaus 101,28, Vedum (b. C. Eilers) 120, Fichtenheim 60, Wühom 31,17, Neudamm 96,82, Stadtilm 12,96, Schwerte 70,88, Stuttgart 100, Delsch 190, Berlin III 225, Niederniederleben 100, Felsenburg 100, Franenlein 80, Wriezen 67,28, Neustrelitz 40, Mügla 16,80, Lützenberg i. Schle. 13, Leipzig 800, Cöthen 50, Brinnum 38,60, Grebenmühlern 21,80, Hannover 600, Kiel 500, Garburg 400, Rüdorf 400, Boisdamm 150, Neubudow 60, Göppingen 20, Summa M. 6537,55.

Streichfonds.

Leipzig M. 5000, Galle a. d. S. 1000, Kiel 220, Mügeln b. Döbeln 1,60, Wajungen — 20, Kölln a. Rh. 100, Neubrandenburg 34,40, Lychen 16,72, Rostock 32,20, Pinnberg 19,12, Stolp i. Pom. 22,72, Vedum (b. C. Eilers) 59,26, Friedeberg (Pom.) 59,08, Droyßig 26,50, Breßig 11,40, Wrißel i. Westfalen 18,40, Neudamm 63,50, Caputh 28,20, Niederniederleben 100, Felsenburg 80, Wriezen 24,40, Neustrelitz 10, Mügla 7,84, Lützenberg i. Schleifen 7, Cöthen 10, Brinnum 15, Grebenmühlern 12,40, Oberhausen (Wittenb.), 80, Boisdamm 100, Ueberhuf von Vergulden der Maurer in Kaiserwerth 10. Summa M. 7067,86. Zurückgegebene Streichunterstützung von Wromberg M. 302,60.

Für „Geschichte der deutschen Maurer-Bewegung“.

Wittenberg i. Schleifen M. 8, Kassel 7,50, Neuhabenleben — 50. Summa M. 16.

Für Broschüre: „Was wir wollen“.

Berlin III M. 1,50, Kassel 1. Summa M. 2,50.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einheber von Geldern werden ersucht, auf den Postkonten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist. Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowie als Streichfondsbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß. Hamburg, den 20. August 1900.

J. Köster, Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Anzeigen (Ankündigungen bis Dienstag Morgen 8 Uhr.)

Sterbetafel. Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit sie innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Stelle kostet 10 M. Hensburg. Am 5. August verstarb unser treuer Verbandskollege Karl Beyhreiss im Alter von 45 Jahren nach langem, schweren Leiden. Halle a. d. S. Am 14. August, Vormittags 9 Uhr, verstarb nach schwerem Leiden unser Verbandskollege Karl Bennicke, Opfirt, im Alter von 19 Jahren. Kiel. Am 13. August verstarb unser langjähriger Mitglied Gustav Bade im Alter von 61 Jahren. Hamburg. Am 9. d. M. verschied in Folge Altersschwäche am 7. d. M. im Alter von 37 Jahren unser Verbandskollege Karl Guckes. Schönebeck (Elbe). Am Sonntag, den 12. August, starb unser Verbandskollege Ludwig Warzer nach kurzem Krankenlager im Alter von 47 Jahren. Wandorf. Am 16. August verstarb unser langjähriger Ehrenmitglied Chr. Büss im Alter v. 82 Jahren. Königsberg i. Pr. (Stuttfaure.) Am 4. August fand im Alter von 19 Jahren der Kollege Martke-wiez den Tod durch Ertrinken. Ehre ihrem Andenken!

Schneidemühl. Den Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Verbandslokal nicht mehr bei Krause, sondern bei Rataczack, Breitstraße 35, befindet; hieselbst werden auch Beiträge entgegen genommen. Die Kollegen werden ersucht, zu der nächsten Versammlung, welche am 2. September in dem neuen Lokale stattfindet, recht zahlreich zu erscheinen. [M. 2,30] Die örtliche Verwaltung.

Neudamm. Das Verbandslokal befindet sich: Fabrikstraße 8, bei Paul Schulze. Beiträge werden nur jeden Sonntag nach dem 15. Feb. 1900, Vorm. von 8 Uhr an, entgegen genommen. [2,10] Otto Kusse, Kassierer.

Zittau. Unser Verbandslokal ist: „Bürgergarten“, Rostplatz.

In der Zeit vom 15. bis 27. August sind folgende Beträge für den Kollegen Drähe eingegangen: Schnellers M. 10, Wödnitz 5, Langenbischow 10, Dornheim bei Gr.-Verat 2, Mariendorf 5, Guben 5, Meine i. B. 11,60, Burgdorf 7, Weitraue 10, Drenthausen 5, Pfaffenwalde 2,75, Görtz 15. Dankend quittiert Die Zahlstelle Bochum J. A.: Carl Struckmann. NB. Da Schluß der Sammlung bereits befaunt gemacht worden ist, werden weitere Sendungen nicht angenommen werden.

Stukkateure. Filiale Posen. Wegen rüchständiger wöchentlich Verbandsbeiträge, über 13 Wochen, sind aus dem Verein ausgeschlossen worden: Franz Septner (Buch-Nr. 4992), Edmund Goldawicz (Buch-Nr. 5001). [M. 2,70] Der Vorstand.

Stukkateure! Die Mitgliedsbücher von P. Hecht (Buch-Nr. 677) und E. Schmiedel (Buch-Nr. 639) sind gestohlen worden. Wir ersuchen deshalb, die betr. Bücher event. anzuhalten. Der Vorstand der Filiale Berlin. [M. 2,40]

Allenstein. Am Sonntag, den 26. August, feiert unsere Zahlstelle ihr 1. Stiftungsfest und Zahnweihe, verbunden mit Umzug in den Straßen der Stadt, Gartenkonzert und Ball im Vereinslokal „Copernikus“. Um zahlreichem Besuch bitten [M. 2,90] Das Comité.

Solingen. Unsere Zahlstelle feiert am Sonntag, den 26. August, ihr 4. Stiftungsfest, bestehend in Festzug, Konzert und Ball, im Lokale des Herrn Baumann-Weng. Die Kollegen sind zu a. a. b. und den umliegenden Ortschaften sind freundlich eingeladen. [M. 2,60] Die örtliche Verwaltung.

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 22 Jahren F. Lausende Kassen u. Vereine Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bilder. Fraktionsbild der sozial. Partei 1898. Illustrierte Preislisten gratis und franko.

Quittungsmarken, Lokalfondsmarken, Streckfondsmarken, Quittungs-, Kontrollkarten, Sammelkarten sowie alle Druckarbeiten liefert sauber und preiswerth Conrad Müller, Schönebeck-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis.

Wollen Sie sicher Stenographie erlernen? So verlangen Sie das neu erschienene Buch: „Die Stenographie und ihre Notwendigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung“ nebst Lehrbuch z. Selbstunterricht in d. Deutschen Genossenschaftsstenographie (Syl. Wendts) v. Fr. Wernicke. Preis nur 60 M. Wo nicht zu haben, direkt geg. Einfr. b. 60 M. wird d. Stenogr. Vortrag von Friedrich Dönnoko, Mühlhausen i. Th., Haarstr. 70, zu bezich. Einziges System, welches der Arbeiter mit Erfolg erlernt. Gleichzeitg wird ein Federbuch d. vorl. Werk b. groß. Wert, sowie die Bedeutung der Stenographie für jeden organisierten Arbeiter kennen lernen. [4,20]

Weltberühmte Hamburger Spezialartikel für Maurer und Zimmerer. Arbeitsgarderoben bester Fabrikate u. Legirnete 1868. Louis Mosberg, Bielefeld, nur 44 Breitestr. 44, Papenmarkt-Ecke. Beste Arbeitsgarderoben. Prima Isländer. Preisliste gratis. Versand franko gegen Nachnahme.

Kollegen Deutschlands! Zeiländer, M. 6. Erste Hamburger Leberhofen I. M. 9,50, II (2 1/2 Schme) M. 4,80, III M. 3,20 portofrei. Streng reell. Nicht Gefallenbes. nehme retour. Muster und Preislisten gratis. Kollege Kohlheld, Dresden-N., Alsterstr. 4.

J. Blume & Co., Hamburg. EINGETRAGENE SCHUTZ-MARKE. Tägliches Verbandslokal unserer Bekannten, echt engl. - lebendigen Arbeiter-Artikel u. Zeitschriften. Muster und Preislisten gratis. J. Blume & Co., Hamburg.

Wiltb. Liebknecht. Achtung, Verbandskollegen! Die Wasserwagen werden überall hin unter Garantie. Eigenes Fabrikat. Jede Wagne ist höchst gearbeitet, und nehme ich nicht genau funktionierende zurück. 1 m lang M. 2, 75 cm M. 1,80, 60 cm M. 1,70, Porto extra. Carl Herold, Chemnitz, Reichstr. 63.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, 26. August: Bayreuth. Nachm. 2 Uhr Versammlung. Wegen wichtiger Besprechung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Belhau. Nachmittags 2 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wladmann. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Elmshorn. Mitgliederversammlung bei Züge. Achtung! Kollege darf die Versammlung besäumen. Neu-Ruppin. Nachmitt. 2 Uhr im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen unbedingt erscheinen. Die Mandantenformularare sind abzugeben. Vellen. Versammlung im Vereinslokal „Lentenbad“. Erscheinen sämtl. Mitglieder dringend notwendig. Montag, 27. August: Abends 9 Uhr im „Schwarzen Kohl“. Arbeitslosenpartei-Mitglieder mitbringen. Merseburg. Dienstag, 28. August: Abends 9 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im der Postkassiererei. Kollegen, agiert für regen Versammlungserfolg! Öffentliche Maurerversammlungen. Sonntag, 26. August: Naumburg a. d. S. Vormitt. 11 Uhr im „Schwarzen Kohl“. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. Druck: Hamb. Buchdrucker u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.